

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Regional

Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz

2/2009

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten Länderstudie Berlin

Dieter Bogai
Doris Wiethölter

ISSN 1861-1567

IAB Berlin-Brandenburg
in der Regionaldirektion
Berlin-
Brandenburg

Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten

Länderstudie Berlin

Dieter Bogai, Doris Wiethölter (IAB Berlin-Brandenburg)

IAB-Regional berichtet über die Forschungsergebnisse des Regionalen Forschungsnetzes des IAB. Schwerpunktmäßig werden die regionalen Unterschiede in Wirtschaft und Arbeitsmarkt – unter Beachtung lokaler Besonderheiten – untersucht. IAB-Regional erscheint in loser Folge in Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und wendet sich an Wissenschaft und Praxis.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	11
2	Berlin – Allgemeine Informationen	12
2.1	Lage und Verkehrsinfrastruktur	12
2.2	Bevölkerungsentwicklung	14
2.3	Wirtschaftshistorische Schlaglichter	15
3	Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung nach der Wiedervereinigung	16
3.1	Anhaltende Wachstumsschwäche seit Mitte der 1990er Jahre	16
3.2	Wirkungen des Regierungsumzugs	21
3.3	Entwicklung der Erwerbstätigkeit	22
3.4	Entwicklung der Arbeitslosigkeit	27
4	Vergleichende Beschäftigungsanalyse für das Land Berlin	32
4.1	Methode und Variablen	32
4.2	Beschäftigungsentwicklung in ostdeutschen Bundesländern und Großstädten	34
4.3	Brancheneffekt	36
4.3.1	Ergebnis des Analysemodells	36
4.3.2	Ausgewählte relevante Wirtschaftsbranchen in Berlin	39
4.4	Betriebsgrößeneffekt	42
4.5	Qualifikationseffekt	45
4.6	Regionaler Standorteffect	50
5	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	52
	Anhang	56

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Karte des Landes Berlin	13
Abbildung 2:	Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts* in Berlin und in Deutschland 1992 bis 2008	16
Abbildung 3:	Exportquote* nach Bundesländern in Berlin, Deutschland und Ostdeutschland 1995 bis 2007	17
Abbildung 4:	Entwicklung der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Berlin 1991 bis 2007	19
Abbildung 5:	Entwicklung der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) je Erwerbstätigen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Berlin 1991 bis 2007	20
Abbildung 6:	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in jeweiligen Preisen 2008	20
Abbildung 7:	Bruttowertschöpfung je Einwohner nach Wirtschaftsbereichen in ausgewählten Großstädten 2006	21
Abbildung 8:	Erwerbstätige (ET) und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB) in Berlin	23
Abbildung 9:	Entwicklung der Erwerbstätigen im Städtevergleich 1995 bis 2006	23
Abbildung 10:	Erwerbstätige in Berlin nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 2008	24
Abbildung 11:	Beschäftigungsdichte* im Vergleich deutscher Großstädte 1995 zu 2008	27
Abbildung 12:	Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin 1995 bis 2008	28
Abbildung 13:	Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vergleich 1995 bis 2008	29
Abbildung 14:	Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen (SGB III und SGB II) in Berlin 2005 bis 2008	30
Abbildung 15:	Langzeitarbeitslosenquote* in Bundesländervergleich 2008	31
Abbildung 16:	Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote* im Vergleich 1995 bis 2008	31
Abbildung 17:	Quote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen* nach Bundesländern 2008	32
Abbildung 18:	Beschäftigungsentwicklung im ostdeutschen Bundesländervergleich 1996 bis 2005	35
Abbildung 19:	Beschäftigungsentwicklung im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1) 1996 bis 2005	35
Abbildung 20:	Brancheneffekt im ostdeutschen Ländervergleich	37
Abbildung 21:	Brancheneffekt im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)	38
Abbildung 22:	Abweichung der Wirtschaftsstruktur Berlins zu Ostdeutschland in Prozentpunkten	39
Abbildung 23:	Anteil der Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen im Land Berlin	44
Abbildung 24:	Betriebsgrößeneffekt im ostdeutschen Ländervergleich	44
Abbildung 25:	Betriebsgrößeneffekt im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)	45
Abbildung 26:	Qualifikationseffekt im ostdeutschen Ländervergleich	47
Abbildung 27:	Qualifikationseffekt im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)	47
Abbildung 28:	Anteil der Beschäftigten nach Qualifikationsstufen im Land Berlin	48
Abbildung 29:	Anteil der Beschäftigten nach Qualifikationsstufen im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)	49
Abbildung 30:	Standorteffekte im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)	50

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Bevölkerungsentwicklung in Berlin 1995 bis 2007	14
Tabelle 2:	Anteile ausgewählter Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt (in jeweiligen Preisen, in Prozent) in Berlin 1991 bis 2007	18
Tabelle 3:	Dienstleistungsdichte* deutscher Großstädte 2008	25
Tabelle 4:	Übersicht der Effekte für die Bundesländer Ostdeutschlands	52

Anhangsverzeichnis

Tabelle A 1:	VALA-Aggregationsschema der Branchen nach NACE	56
Tabelle A 2:	Definition unternehmensnahe Dienstleistungen*	57

Zusammenfassung

Im vorliegenden Bericht wird der Berliner Arbeitsmarkt in regional vergleichender Perspektive analysiert. Zum einen wird die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt seit der Wiedervereinigung deskriptiv untersucht. Hieraus lassen sich insbesondere im Vergleich zu den westdeutschen Metropolregionen Rückstände Berlins in der wirtschaftlichen Leistungskraft und Beschäftigungsentwicklung feststellen. Die Folgen sind hohe Arbeitslosigkeit und erhebliche Sozialtransfers. Zum anderen wird die Beschäftigungsentwicklung in Berlin mit einem ökonometrischen Analysemodell untersucht. Mittels einer Shift-Share-Regression können vor dem Hintergrund der Entwicklung in Ostdeutschland die Wirkungen der Branchenstruktur, der Qualifikation und der Betriebsgrößenstruktur als erklärende Variablen (Effekte) bestimmt werden.

Die Analyse zeigt, dass die Beschäftigungsentwicklung in Berlin zwischen 1996 und 2005 von einer günstigen Branchenspezialisierung im Vergleich zu der ostdeutschen Wirtschaft profitierte. Hierzu trugen vor allem die wissensintensiven Dienstleistungen bei. Der positive Brancheneffekt basiert zudem darauf, dass in Berlin schrumpfende Branchen wie die Bauwirtschaft wenig Bedeutung haben. Im Gegensatz zu den Beschäftigungsanalysen für die alten Länder, die überwiegend negative Standorteffekte für die westdeutschen Kernstädte ermitteln, wird für die Metropole ein stark positiver regionaler Standorteffekt festgestellt. Dieser dürfte auf die Größe der Stadt und die damit verbundenen ökonomischen Vorteile, die Wissenschaftsinfrastruktur und weitere weiche Standortfaktoren gegenüber dem ostdeutschen Referenzraum zurückzuführen sein. Der überdurchschnittliche Anteil an Hochqualifizierten in Berlin trägt zum negativen Qualifikationseffekt bei. Dieses Ergebnis ist auf eine ostdeutsche Sonderentwicklung zurückzuführen, die den Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst betraf. Der Betriebsgrößeneffekt wirkt relativ stark negativ. Er resultiert aus der großbetrieblichen Struktur der Berliner Wirtschaft. Größere Unternehmen haben in Ostdeutschland im Untersuchungszeitraum stark Beschäftigung abgebaut. Unter Einbeziehung der deskriptiven Befunde, die den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand Berlins gegenüber anderen Großstädten dokumentieren, wird abschließend auf die zweifellos vorhandene Forschungsstärke des Standorts verwiesen. Nachhaltige Wachstumseffekte generiert sie aber erst, wenn in Berlin vermehrt überregional absetzbare Güter und Dienstleistungen erstellt werden.

Keywords: Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten, VALA, Shift-Share-Regression, Berlin, Arbeitsmarkt, Beschäftigung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit

Wir bedanken uns bei Norbert Schanne, der durch seine umfassenden Regressionsanalysen maßgeblich zur Entstehung dieses Berichts beigetragen hat. Für die Unterstützung bei der Bearbeitung der Studie möchten wir uns weiterhin bedanken bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem regionalen Forschungsnetz, vor allem bei Michaela Fuchs und Norbert Schanne für die vielen hilfreichen Kommentare und Hinweise sowie bei Jeanette Carstensen für die formale Gestaltung der Studie.

1 Einleitung

Die vorliegende Untersuchung ist Teil eines bundesweiten Projekts des IAB, das die starken regionalen Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung in Deutschland zu erklären versucht. Die vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten (VALA) untersucht die wesentlichen Determinanten der Beschäftigungsentwicklung auf unterschiedlichen Ebenen – den Landkreisen, siedlungsstrukturellen Kreistypen und Bundesländern.¹ Im Ergebnis kann die Beschäftigungsentwicklung im Land Berlin auf den Einfluss der erklärenden Größen jeweils im Vergleich zum Durchschnitt Ostdeutschlands zurückgeführt werden. Als Datenbasis dieser Analyse dient die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zwischen 1996 und 2005.²

Durchgreifende regionalökonomische Änderungen erstrecken sich über Dekaden. Aus der Perspektive der regionalen Pfadabhängigkeit verhalten sich Regionen ähnlich wie Tanker, die weder ihren einmal eingeschlagenen Kurs plötzlich ändern noch kurzfristig ihr Tempo drastisch erhöhen können (Bade 2003). Daher wurde als Einstieg in die Untersuchung ein historischer Rückblick gewählt, der u. a. die Lokalisierung bestimmter Industriebranchen erklärt. Nach einem raschen Aufstieg Berlins zur bedeutendsten Industrie- und Dienstleistungsmetropole in Deutschland war die Stadt in der Nachkriegszeit geteilt. Zwei gegensätzliche wirtschaftliche und politische Systeme standen sich gegenüber, und der westliche Teil war vom Hinterland abgeschottet. Nach der Wiedervereinigung erlebte die Berliner Wirtschaft zunächst einen kurzfristigen Boom, aber auch einen beschleunigten Strukturwandel mit erheblichen Beschäftigungsverlusten.

Im deskriptiven Teil werden verschiedene Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins seit der Wiedervereinigung dargestellt. Insbesondere die über eine Dekade währende Wachstumsschwäche der Berliner Wirtschaft nach dem Wiedervereinigungsboom wird untersucht. Einen noch stärkeren Einbruch der Wirtschaftsleistung verhinderte der Regierungsumzug, dessen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt skizziert werden. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die Ursachen, die für den wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand der Hauptstadt verantwortlich sind. Zudem werden die Beschäftigungsentwicklung und der sektorale Strukturwandel skizziert. Das Bild wird mit der Darstellung der hohen Arbeitslosigkeit und Zahl von erwerbsfähigen Hilfeempfängern abgerundet.

¹ Siehe die Veröffentlichung der Berichte aus den einzelnen Bundesländern, die beiden Schwerpunktheften des Sozialen Fortschritt Heft 11/12 2006 sowie 1/2 2007 bzw. die ausführlichen Berichte in IAB-regional.

² Es handelt sich dabei um Stichtagsdaten, die am 30. Juni eines Jahres erhoben werden. Die Daten beinhalten Informationen über sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, ohne Beamte und Selbstständige, sowie Löhne bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Um Verzerrungen durch Teilzeitarbeit zu vermeiden, wurden für die Analyse die Arbeitsstunden zu Vollzeitäquivalenten zusammengefasst.

Im analytischen Teil dieses Berichts werden die Ergebnisse einer Shift-Share-Regression zur Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland präsentiert (siehe Abschnitt 4.1). Dabei können die Wirkungen der Branchenstruktur, der Qualifikation und der Betriebsgrößenstruktur als erklärende Variablen berechnet werden. Neben diesen allgemeinen Bestimmungsgründen werden systematisch wirkende Standorteinflüsse bestimmt. Abschließend werden aus der Analyse wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen.

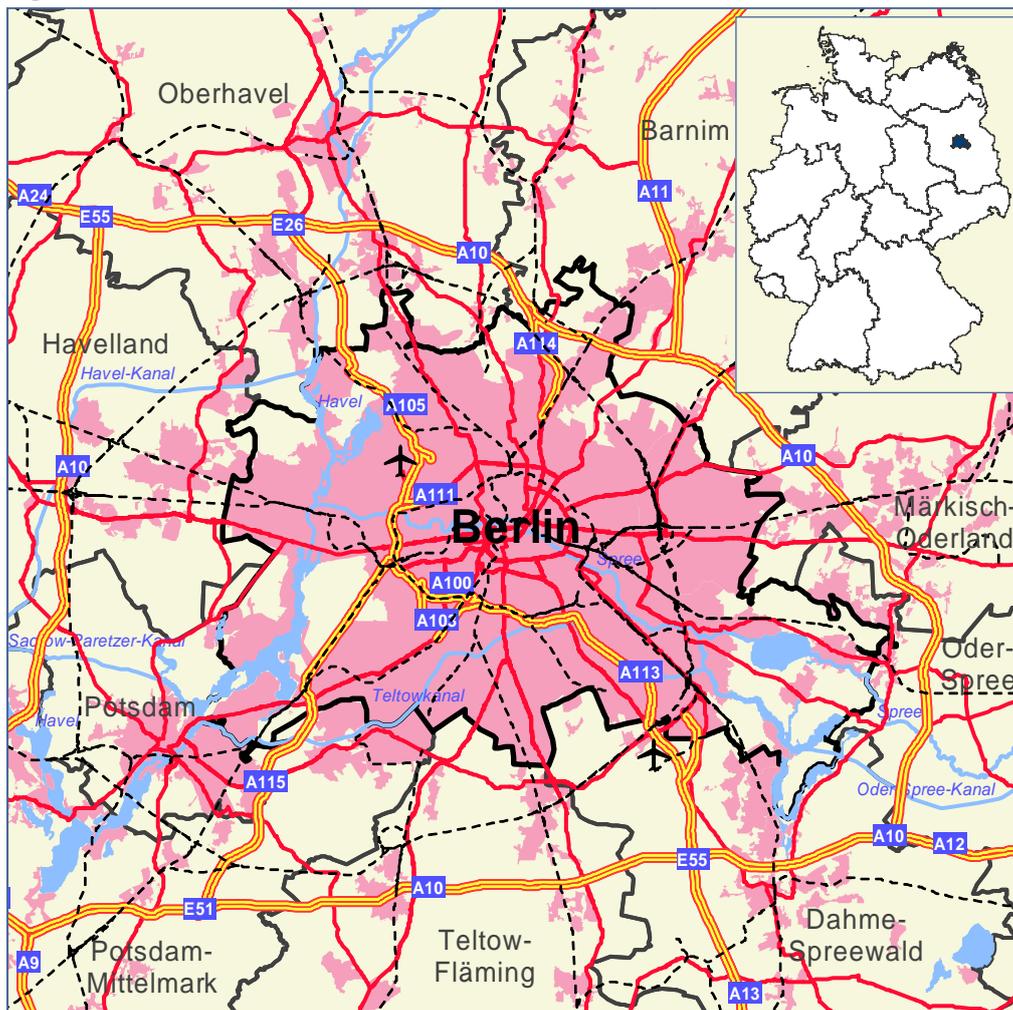
2 Berlin – Allgemeine Informationen

Berlin ist die größte Metropole Deutschlands und wird vom Land Brandenburg umschlossen, von dessen 2,5 Millionen Einwohnern rund 1 Million im engeren Verflechtungsraum um Berlin und somit im Agglomerationsraum der deutschen Hauptstadt wohnen. Seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 bilden die über vier Dekaden voneinander abgeschotteten Regionen einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt. Am Anfang der Untersuchung stehen allgemeine Informationen zur geographischen Lage und Infrastruktur und zur Bevölkerungsentwicklung seit Mitte der 1990er Jahre. Zudem wird die führende Stellung Berlins als Industriestadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland in Erinnerung gerufen.

2.1 Lage und Verkehrsinfrastruktur

Das Bundesland Berlin liegt als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland im Osten Deutschlands und umfasst eine Fläche von rund 892 km². Die Verkehrsinfrastruktur – insbesondere die Erschließung von Wasserwegen und der Bau der Eisenbahn – hat zur Zeit Preußens und zu Beginn der Industrialisierung einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt geleistet. Bis zum zweiten Weltkrieg war die Verkehrsanbindung Berlins zentrale Aufgabe im Deutschen Reich. In der Zeit der deutschen Teilung wurden die Instandhaltung und der Ausbau vernachlässigt. Eine Ausnahme bildet die Ende der 1970er Jahre errichtete Autobahn nach Hamburg. Durch die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ verbesserte sich die Verkehrsanbindung der Bundeshauptstadt auf der Straße und der Schiene.

Abbildung 1: Karte des Landes Berlin



Wichtigste Fernstraßen innerhalb der Hauptstadt sind die knapp 70 km umfassende Stadtautobahn, der Autobahnring außerhalb des Stadtgebiets sowie die durch das Stadtgebiet führenden Bundesstraßen. Mit der sukzessiven Verlängerung des südlichen Abschnitts der Stadtautobahn (Neukölln-Schönefeld) konnte die Anbindung der Industrie- und Gewerbegebiete in den Bezirken Neukölln und Treptow verbessert werden. Durch umfangreiche Investitionen wurde das Schienennetz (S-Bahn und Fernbahn), insbesondere durch Modernisierung der in Ost-West-Richtung verlaufenden „Stadtbahn“, saniert bzw. wiederhergestellt sowie ein Großteil von noch bestehenden Lücken in das Berliner Umland geschlossen. Neben dem neuen zentralen Hauptbahnhof (ehemals Lehrter Stadtbahnhof), in dem die Ost-West- und die Nord-Süd-Achse des Schienenfernverkehrs miteinander verknüpft werden, verteilt sich der Eisenbahnfern- und Regionalverkehr auf die bestehenden fünf ICE- und diverse Regionalbahnhöfe. Die hohe Siedlungsdichte und der unterdurchschnittliche Motorisierungsgrad begünstigen den Betrieb des umfangreichsten Nahverkehrsnetzes Deutschlands. Der Luftverkehr wird jetzt bis zur voraussichtlichen Fertigstellung des zentralen Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) im Herbst 2011 über die zwei verbleibenden Flughäfen Tegel und Schönefeld abgewickelt. Auf drei Güterverteilzentren der Bahn und drei Binnenhäfen wird ein Großteil des Gütertransportvolumens umgeschlagen.

2.2 Bevölkerungsentwicklung

In Berlin lebten Ende 2007 rund 3,4 Millionen Einwohner (Tabelle 1); mit 3.834 Einwohnern pro km² errechnet sich die höchste Bevölkerungsdichte aller Stadtstaaten Deutschlands. In der Nachwende euphorie war von manchen Beobachtern ein massiver Bevölkerungszuwachs erwartet worden, von 5 bis 6 Millionen Einwohnern im Jahr 2010 war die Rede (Christiansen 1993).

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Berlin 1995 bis 2007

Jahr	Bevölkerung	Veränderung zum Vorjahr		Geburten- bzw. Sterbe- überschuss	Wanderungssaldo*		
		absolut	in %		Insgesamt	Deutsche	Ausländer
1995	3.471.418	-591	0,0	-10.597	10.006	-16.196	26.202
1996	3.458.763	-12.655	-0,4	-8.194	-4.461	-21.570	17.109
1997	3.425.759	-33.004	-1,0	-6.078	-26.926	-29.468	2.542
1998	3.398.822	-26.937	-0,8	-5.612	-21.325	-22.974	1.649
1999	3.386.667	-12.155	-0,4	-5.140	-7.015	-14.563	7.548
2000	3.382.169	-4.498	-0,1	-3.640	-858	-7.172	6.314
2001	3.388.434	6.265	0,2	-4.202	10.467	-1.151	11.618
2002	3.392.425	3.991	0,1	-4.691	8.685	-1.488	10.173
2003	3.388.477	-3.948	-0,1	-4.423	477	-8.035	8.512
2004	3.387.828	-649	0,0	-2.346	1.686	-11.239	12.925
2005	3.395.189	7.361	0,2	-3.009	10.201	-7.540	17.741
2006	3.404.037	8.848	0,3	-1.896	10.679	-2.627	13.306
2007	3.416.255	12.218	0,4	194	11.996	1.942	10.054

* Differenz zwischen Zu- und Fortzügen, jeweils kumulierte Jahreswerte.

Bevölkerung jeweils am 31. Dezember.

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, eigene Berechnungen.

Es gab aber auch Stimmen, die angesichts des zu erwartenden schwierigen wirtschaftlichen Aufholprozesses die Erwartungen dämpften (von Einem 1993 für einen Überblick). Eine massive Zuwanderung in die Bundeshauptstadt ist wegen der rezessiven Wirtschaftsentwicklung ausgeblieben. Der Bevölkerungsrückgang in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist vor allem auf Umzüge von Berlinern in das Brandenburgische Umland zurückzuführen. Seit 2001 nahm die Bevölkerungszahl insgesamt durch Zuwanderungen vor allem von Ausländern wieder leicht zu. 2007 konnte erstmals seit Mitte der 1990er Jahre wieder ein leicht positiver Geburtenüberschuss und ein positiver Wanderungssaldo von Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit verzeichnet werden. Dennoch war 2007 die Bevölkerungszahl um 50.000 geringer als 1995.

2.3 Wirtschaftshistorische Schlaglichter

Historisch gesehen ist der Aufstieg Berlins zur Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches mit der hegemonialen Stellung Preußens verbunden. In den Jahren nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 expandierte die Berliner Wirtschaft sprunghaft. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die Stadt zur größten Industriemetropole Kontinentaleuropas (Stürmer 1987). Treibende Kräfte dieser Entwicklung waren Erfinderpersönlichkeiten mit Unternehmergeist und die Generierung von technischem Wissen vor Ort, zu der neben der Friedrich-Wilhelm-Universität (heute Humboldt-Universität) die 1879 gegründete Königlich Technische Hochschule bzw. Technische Hochschule Charlottenburg entscheidend beitrug. Zu den Erfinder-Unternehmern zählten beispielsweise Werner von Siemens und Johann Georg Halske, die Gründer der späteren Weltfirma der Elektrotechnik, Emil Rathenau, Gründer der Allgemeinen Electrizitätsgesellschaft (AEG), oder der Dampfmaschinen- und Lokomotivbauer August Borsig. Hinzu kam die lokale Nachfrage in der expandierenden Stadt, die den neuen Firmen Großaufträge der Elektrifizierung oder der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur bescherte. Schließlich ist auf die ehemals zentrale Lage der Hauptstadt im damaligen Deutschen Reich im industriellen Zeitalter hinzuweisen, als Transportkosten von erheblicher Bedeutung waren.

Der Einschnitt durch den zweiten Weltkrieg führte zum Verlust von drei Viertel der industriellen Produktionskapazität. 1945 wurde Berlin besetzt und erhielt den Viermächtestatus. Die UdSSR gestattete der 1949 gegründeten DDR, den Ostteil Berlins als Hauptstadt zu nutzen. Die Westsektoren gerieten infolge der Teilung Deutschlands in eine politische Insellage inmitten der DDR, was erhebliche ökonomische Nachteile mit sich brachte.

In der Nachkriegszeit stand der Westteil der Stadt häufig im Mittelpunkt von Ost-West-Auseinandersetzungen des Kalten Krieges, wodurch Investitionen mit erheblichen Risiken verbunden waren (zum Folgenden: Bogai 1996). Die Zentralen der in Berlin ansässigen großen Industrieunternehmen und auch der Finanz- und Versicherungskonzerne verließen die Stadt. Mit umfangreicher staatlicher Förderung wurde versucht, den negativen ökonomischen Konsequenzen, die aus der geopolitischen Lage des westlichen Teils Berlins resultierten, entgegenzuwirken. Eine spezifische an den Umsatz geknüpfte Förderung hinterließ deutliche Spuren in der Wirtschaftsstruktur im westlichen Teil Berlins. Insbesondere die industrielle Produktion war auf kapitalintensive Massenprodukte und umsatzstarke Fertigung ausgerichtet. Neben der steuerlichen Begünstigung der Tabak- und Genussmittelindustrie trug die Gewährung der Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlin-Förderungsgesetz auch zu einer relativ wertschöpfungsschwachen Produktion in der Elektroindustrie bei. Unternehmensbezogene Dienstleistungen und dispositive Unternehmensfunktionen waren aufgrund der Abwanderung von Großunternehmen vor allem in den Süden Deutschlands deutlich unterrepräsentiert. Zum Ausgleich der Standortnachteile wurden in der Stadt einige Bundesbehörden angesiedelt, was zusammen mit einer hohen Arbeitsplatzausstattung in der Landesverwaltung zum starken Gewicht des öffentlichen Dienstes führte. Der östliche Teil Berlins war als Hauptstadt der DDR politisches und administratives Zentrum der Zentralverwaltungswirtschaft. Schätzungsweise ein Drittel der Arbeitsplätze gehörten staatlichen Einrichtungen im weitesten Sinne an. Industrielle Schwerpunkte bildeten traditionsbedingt der Ma-

schienenbau und die Elektrotechnik, die für planwirtschaftliche Verhältnisse ein technologisch hohes Niveau erreicht hatten.

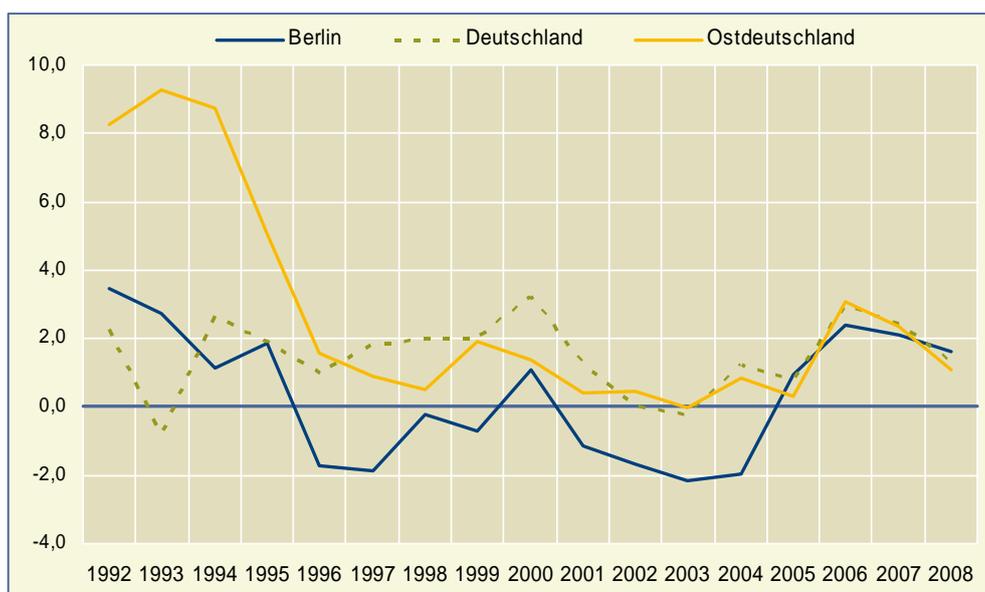
3 Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung nach der Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung der geteilten Stadt und die Wiedererlangung der Hauptstadtfunction stellen die herausragenden Ereignisse für die Stadt in den 1990er Jahren dar. Im Folgenden soll die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung Berlins von diesem Zeitpunkt an näher beleuchtet werden.

3.1 Anhaltende Wachstumsschwäche seit Mitte der 1990er Jahre

Die Grenzöffnung Ende 1989 bescherte dem westlichen Teil Berlins einen kurzfristigen Nachfrageschub und ein großes Potential an qualifizierten und mobilen Arbeitskräften aus dem Ostteil der Stadt und dem brandenburgischen Umland. Gleichzeitig wurden die schwerwiegenden Strukturprobleme von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Stadt offengelegt. Die vereinigungsbedingte Sonderkonjunktur durch die sprunghaft gestiegene Nachfrage wurde ab 1992 von einer tief greifenden Rezession abgelöst. Seit 1996 – eine Ausnahme bildet das Jahr 2000 – ist in Berlin die reale Wirtschaftsleistung in jedem Jahr bis einschließlich 2004 gesunken (Abbildung 2). 2005 konnte der Abwärtstrend der Berliner Wirtschaft gestoppt werden. Seither entwickelt sich die Berliner Wirtschaftsleistung nahezu proportional zur gesamtdeutschen. 2008 war das Bruttoinlandsprodukt (BIP)-Wachstum in Berlin sogar etwas höher als im Bundesgebiet insgesamt.

Abbildung 2: Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts* in Berlin und in Deutschland 1992 bis 2008



* Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (Kettenindex: 2000 = 100), Veränderung jeweils zum Vorjahr in Prozentpunkten.

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Die Aufwärtsbewegung am Ende des Untersuchungszeitraums darf nicht den Blick dafür verstellen, dass die anhaltende Wachstumsschwäche zwischen Mitte der neunziger Jahre und der Mitte dieses Jahrzehnts einen starken Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zur Folge hatte (s. Abschnitt 3.3). Sinkende Produktion und Beschäftigung sind Ausdruck grundlegender Strukturprobleme der Berliner Wirtschaft. Diese sollen anhand der Entwicklung von Exportwirtschaft, der Wertschöpfung in den großen Wirtschaftsbereichen und der Wirtschaftsleistung im Städtevergleich veranschaulicht werden.

Die Wettbewerbsschwäche der Berliner Wirtschaft wird vor allem an der geringen Exportquote deutlich. In Berlin werden vergleichsweise wenig Waren und Dienstleistungen hergestellt, die auf überregionalen und insbesondere auf internationalen Märkten abgesetzt werden. Die Exportquote ist von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau Anfang der 1990er Jahre erst ab 2000 in den zweistelligen Bereich geklettert. Im Jahr 2007 lag sie bei 14,7 Prozent und damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (40,0 %). Von den anderen Bundesländern verzeichnete nur noch Mecklenburg-Vorpommern einen geringeren Wert. Bemerkenswert ist zudem, dass die ostdeutsche Wirtschaft ihre Exportorientierung seit Mitte der 1990er Jahre stärker als die Berliner Wirtschaft ausgeweitet hat, vgl. Abbildung 3.

Abbildung 3: Exportquote* nach Bundesländern in Berlin, Deutschland und Ostdeutschland 1995 bis 2007



* Anteil der Exporte (in Mio.) am Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen; in Mio.) in Prozent.

Quelle: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie; eigene Berechnungen.

Die Wachstumsschwäche der Berliner Wirtschaft zwischen Mitte der 1990er Jahre und Mitte dieses Jahrzehnts wird an den Wertschöpfungsbeiträgen der zentralen Wirtschaftsbereiche (Industrie und unternehmensbezogene Dienstleistungen) und der Entwicklung der Produktivität deutlich. Lag der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung 1991 noch bei 18,6 Prozent, war er 1995 bereits auf 13,1 Prozent gesunken. Seitdem hat die Bedeutung der Industrie weiter abgenommen (vgl. Tabelle 2). Dagegen stieg der Wertschöpfungsanteil der unternehmensbezogenen Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt nach der

Wiedervereinigung zunächst stark an. Die moderate Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre ist Folge des schwierigen Strukturwandels in der Berliner Industrie, die kaum Impulse auf wertschöpfungsintensive Dienstleistungen ausüben konnte.

Tabelle 2: Anteile ausgewählter Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt (in jeweiligen Preisen, in Prozent) in Berlin 1991 bis 2007

	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Kredit- und Versicherungsgewerbe	Grundstücks- / Wohnungswesen, Unternehmensnahe Dienstleistungen	öffentliche und private Dienstleister
1991	18,6	6,4	5,0	22,5	27,7
1992	16,2	7,5	4,9	23,9	27,9
1993	14,4	7,2	6,0	25,7	27,5
1994	13,4	7,6	5,9	26,4	27,8
1995	13,1	7,7	6,0	26,2	28,2
1996	12,8	7,1	6,3	26,5	28,7
1997	12,8	6,8	6,5	25,4	29,5
1998	12,3	6,0	5,9	26,4	30,4
1999	12,0	5,6	6,7	26,1	30,8
2000	12,0	5,0	5,3	26,8	31,8
2001	11,5	4,2	5,3	28,2	31,8
2002	11,4	4,1	5,5	27,9	32,5
2003	11,8	3,8	5,5	28,2	32,3
2004	12,0	3,5	5,5	28,2	32,4
2005	11,8	3,2	5,1	28,4	32,4
2006	11,6	3,1	4,8	29,0	31,9
2007	11,6	3,2	4,3	29,7	31,7

Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen in Mio. Euro.

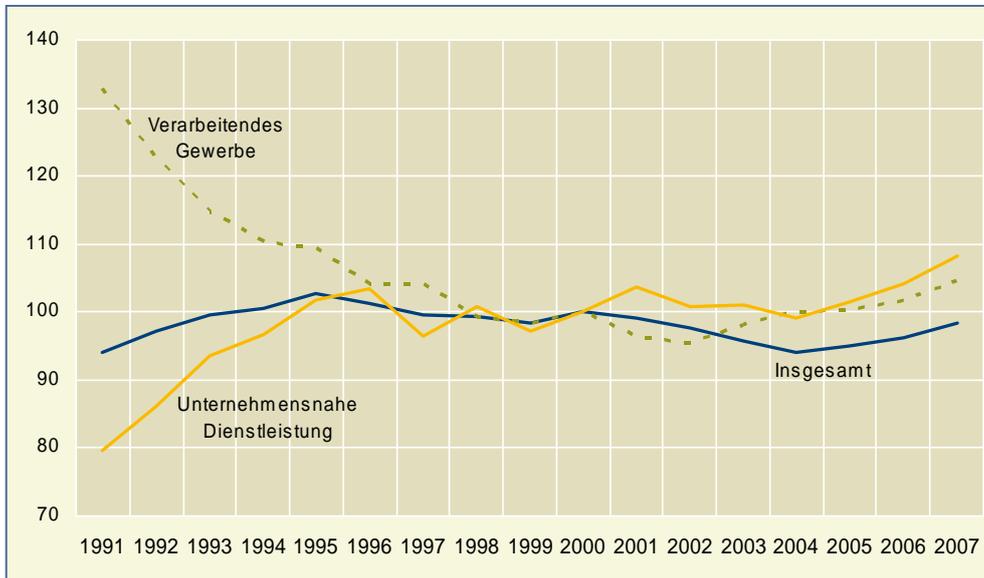
Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; eigene Berechnungen.

Der industrielle Schrumpfungsprozess ging mit einer erheblichen Umstrukturierung der Industriebetriebe einher. Vor allem die industriellen Großbetriebe gerieten unter Anpassungsdruck, die aufgrund der besonderen Berlin-Förderung im Westteil der Stadt angesiedelt waren, ebenso wie die in beiden Stadtteilen lokalisierte Elektroindustrie. Insbesondere im Ostteil der Stadt entstanden neue Betriebe mit geringer Größe und einem höheren Forschungs- und Entwicklungsanteil. Fischer u. a. (2004) zeigen in ihrer Untersuchung, dass in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein erheblicher Austausch von Betrieben und zunehmender Arbeitsplatzumschlag in der Berliner Industrie stattgefunden hat. Dies hat auch dazu geführt, dass sich die Betriebsgröße in forschungsintensiven Branchen halbiert hat.

Die Anpassung der Berliner Industrie an die geänderten Bedingungen war mit einer stark sinkenden Wertschöpfung in der ersten Hälfte der 1990er Jahren verbunden (Abbildung 4). Den Tiefpunkt erreichte sie erst im Jahre 2002. Danach lässt sich eine moderate Aufwärtsentwicklung beobachten, die durch den jüngsten deutschlandweiten konjunkturellen Aufschwung verstärkt wurde. Die Wertschöpfung der unternehmensnahen Dienstleistungen verharrte in Berlin zwischen Mitte der 1990er Jahre und Mitte dieses Jahrzehnts im Wesentli-

chen auf gleichem Niveau. Erst mit der Steigerung der Wertschöpfung auch in der Industrie stieg sie in den letzten Jahren.

Abbildung 4: Entwicklung der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Berlin 1991 bis 2007

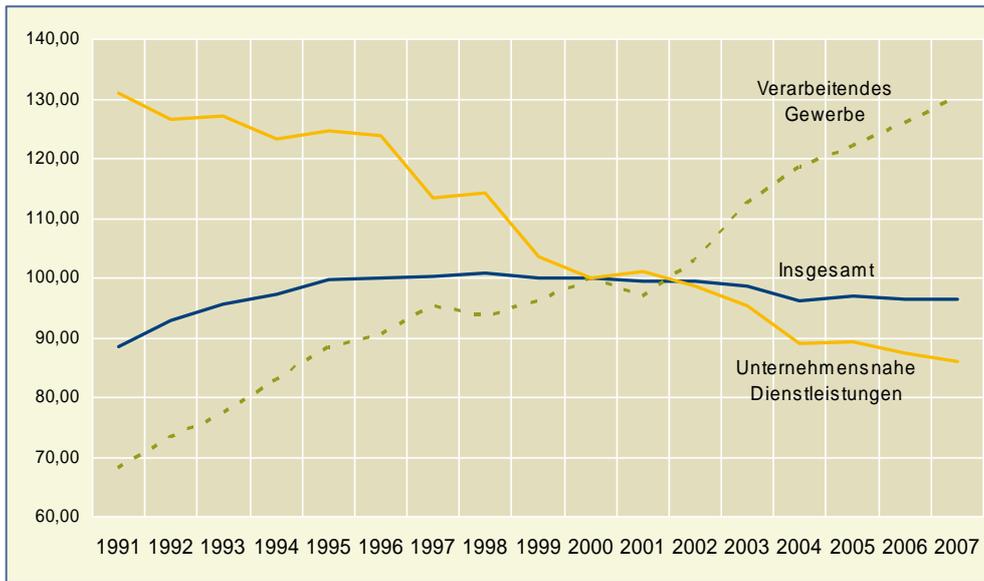


Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen, Kettenindex: 2000 = 100; Definition unternehmensnahe Dienstleistungen: Siehe Anhang Tabelle A 2.

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

In den letzten Jahren sind in der Berliner Industrie erhebliche Produktivitätsgewinne erzielt worden, während die unternehmensnahen Dienstleistungen solche nicht verbuchen konnten. Dies zeigt sich an der gegenläufigen Entwicklung der Erwerbstätigenproduktivität in den beiden Wirtschaftsbereichen. Die Produktivität der Berliner Industriebetriebe ist nach 2002 sehr kräftig gestiegen (vgl. Abbildung 5). Besonders ungünstig hat sich dagegen die Produktivität im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen entwickelt. Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ist seit Mitte der 1990er Jahre um rd. ein Drittel gefallen. Verschiedene Ursachen dürften neben der geringen Bedeutung höherwertiger Dienstleistungen für die sinkende Produktivität dieses Wirtschaftsbereichs verantwortlich sein. Zum einen die Tendenz von gewerblichen Unternehmen, insbesondere einfache und wertschöpfungsarme Dienstleistungen (Reinigungs-, Wartungs- und Überwachungstätigkeiten) auszugliedern. Auf diesem Markt herrscht zudem ein starker Konkurrenz- und Preisdruck (Goryanoff 2005). Hinzu kommen die Privatisierungen ehemals von der öffentlichen Hand intern erbrachter Leistungen von Reinigungs- und Servicediensten. Außerdem ist der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Dienstleistungssektor in hohem Maße auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen.

Abbildung 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) je Erwerbstätigen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Berlin 1991 bis 2007

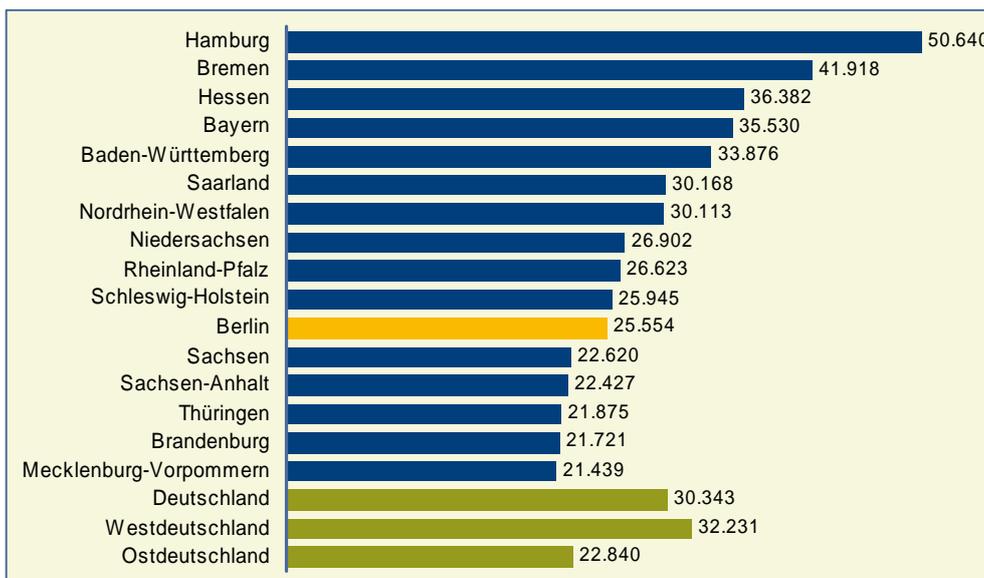


Bruttowertschöpfung (preisbereinigt) je Erwerbstätigen, Kettenindex: 2000 = 100; Definition unternehmensnahe Dienstleistungen: Siehe Anhang Tabelle A 2.

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Abschließend soll die Wirtschaftsleistung im Verhältnis zur Bevölkerung in Berlin mit anderen Regionen verglichen werden. Ein Vergleich des BIP je Einwohner im Bundesländerranking zeigt, dass die Stadtstaaten Hamburg und Bremen über eine wesentlich höhere Wirtschaftskraft als Berlin verfügen (vgl. Abbildung 6). Auch die westdeutschen Flächenstaaten erzielen eine höhere Pro-Kopf-Leistung. Berlin hat lediglich gegenüber den ostdeutschen Bundesländern einen Vorsprung.

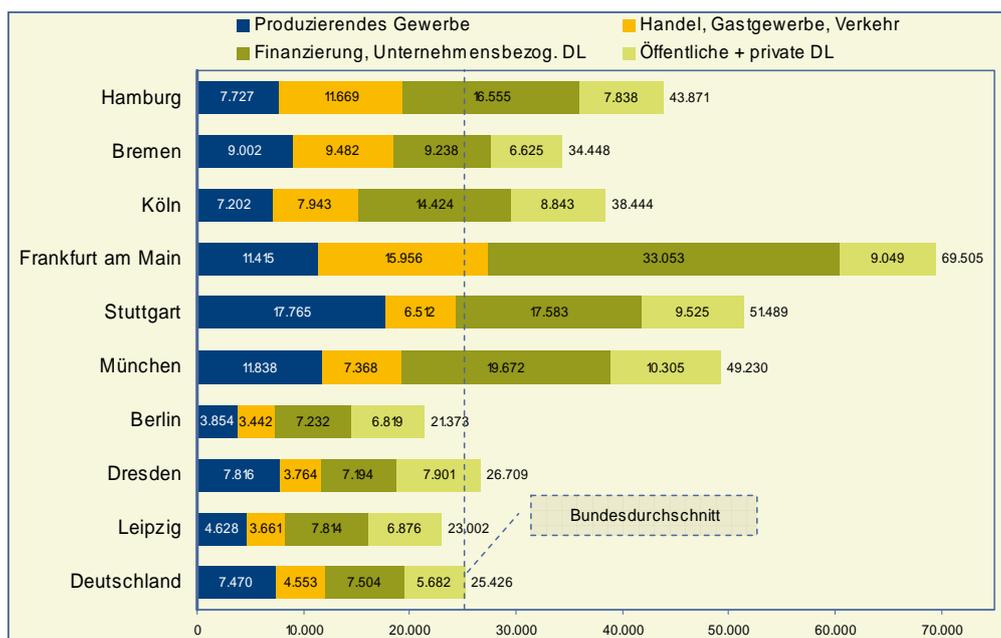
Abbildung 6: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in jeweiligen Preisen 2008



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Abbildung 7 vergleicht die auf die Einwohner bezogene Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche in ausgewählten Großstädten. Die wachstumsstarken Städte verdanken ihre Position vor allem einer starken Wertschöpfung in den unternehmensnahen Dienstleistungen (DL). Hier erreicht die Berliner Wirtschaft eher das Niveau ostdeutscher Städte. Mitverantwortlich für die insgesamt niedrige Wirtschaftsleistung in Berlin ist, dass in der Bundeshauptstadt relativ wenige Personen erwerbstätig bzw. sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (siehe Abschnitt 3.3).

Abbildung 7: Bruttowertschöpfung je Einwohner nach Wirtschaftsbereichen in ausgewählten Großstädten 2006



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) der Länder und Kreise; eigene Berechnungen.

3.2 Wirkungen des Regierungsumzugs

Ein mit großen Hoffnungen für den Arbeitsmarkt verbundenes Ereignis in der Region Berlin-Brandenburg war der Umzug von Bundesregierung, Parlament und Bundesrat von Bonn nach Berlin Ende der 1990er Jahre. Die Auswirkungen des Regierungsumzugs auf den regionalen Arbeitsmarkt wurden in zwei Studien untersucht (infas Sozialforschung 1997 sowie Prognos 2003). Die infas-Studie konzentrierte sich auf die direkten Beschäftigungswirkungen und kam zu folgenden Ergebnissen:

- Die externen Arbeitsmarkteffekte durch den Umzug der staatlichen Einrichtungen waren gering. Nach dem Berlin-Bonn-Gesetz von 1994 sollte der größere Teil (ca. zwei Drittel) der Arbeitsplätze der Bundesministerien in Bonn verbleiben. Das personalwirtschaftliche Konzept von Bundesregierung und Bundestag sah vor, durch Personaltausch zwischen den nach Berlin zu verlagernden Ressorts und den nach Bonn zu verlagernden Behörden die Zahl der vom Umzug betroffenen Personen gering zu halten. Es war außerdem zu berücksichtigen, dass die in der Teilung im westlichen Berlin angesiedelten Bundesbehörden nach Bonn oder in die neuen Bundesländer verlegt wurden.

- Durch Zuzug politiknaher Organisationen (Verbände, Botschaften, Medien) war zum Zeitpunkt der Befragung 1997 eine nennenswerte Nachfrage nach ca. 3.000 Arbeitskräften absehbar.
- Schließlich wurden 200 Großunternehmen befragt, ob sie eine Repräsentanz in der Hauptstadt oder die Aufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten planten. Zum damaligen Zeitpunkt war ein Personalbedarf für Verwaltung, Produktion und Dienstleistung von rd. 36.000 Beschäftigten zu erwarten.

In der Studie der Prognos AG (2003) wurden die ökonomischen Wirkungen der Hauptstadtfunktion auf die regionale Wirtschaftsentwicklung auf Basis einer Input-Output- und Multiplikatoranalyse abgeschätzt. Danach sind die Wirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt während der Bauphase zwischen 1995 und 1998 mit jährlich einem Prozent der Berliner Wirtschaftsleistung zu veranschlagen, die sich auf knapp 5 Prozent jährlich zwischen 2001 und 2004 steigerten. Temporäre Effekte der Bauinvestitionen lagen im Gesamtzeitraum bei 0,6 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts, was gleichbedeutend mit der Sicherung von 12.000 Arbeitsplätzen ist. Zusätzliche 40.000 Arbeitsplätze sind nach den Berechnungen von Prognos durch Arbeitsplatzverlagerungen und die dauerhaften Impulse (durch Personalausgaben und laufende Ausgaben der zugezogenen Einrichtungen und Ausgaben zusätzlicher Touristen) gesichert worden oder neu entstanden.

Insgesamt gesehen haben Regierungsumzug und Hauptstadtfunction zur Stabilisierung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zwischen 1999 und 2002 beigetragen. Der geschätzte Beschäftigungseffekt von rd. 50.000 Arbeitsplätzen relativiert sich allerdings gemessen an der Gesamtzahl von mehr als 1,5 Millionen Erwerbstätigen in der Stadt.

3.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Die skizzierte rückläufige Wirtschaftsleistung und der erhebliche Anpassungsprozess der regionalen Wirtschaft hatten tiefgreifende Folgen für die Erwerbstätigkeit in der Bundeshauptstadt. 2005 war die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten rd. 20 Prozent niedriger als zehn Jahre zuvor, in Deutschland insgesamt waren es 7 Prozent. Absolut betrachtet gingen in Berlin in dem genannten Zeitraum rd. 240.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren (vgl. Abbildung 8). Die Zahl der Erwerbstätigen ist im gleichen Zeitraum – wegen des Zuwachses bei den Selbständigen und geringfügig Beschäftigten – weniger stark gesunken (-77.700 bzw. 4,8 %).³ Erst mit Überwindung der Wachstumsschwäche stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zuletzt das dritte Jahr in Folge.

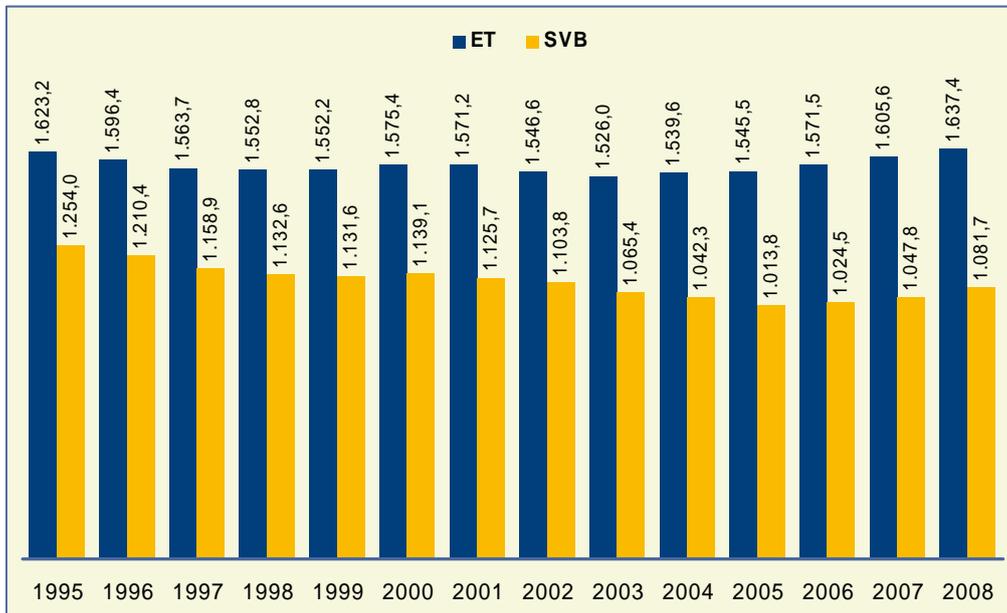
Ein Vergleich mit anderen Städten bringt die relativ geringe Beschäftigungsdynamik in der Bundeshauptstadt zum Ausdruck (vgl. Abbildung 9).⁴ Neben den ausgewählten westdeutschen Städten schneiden auch ostdeutsche Städte wie Dresden in der Erwerbstätigkeit deut-

³ Oschmiansky/Schmid (2007) untersuchen den Wandel der Erwerbsformen in Berlin zwischen 1991 und 2004 im Vergleich zur Bundesrepublik insgesamt. Demnach hat das Normalarbeitsverhältnis (unbefristet, Vollzeit, sozial abgesichert) in Berlin stark an Bedeutung verloren. Der Zuwachs bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen ist aber vergleichsweise gering.

⁴ Siehe zur längerfristigen Beschäftigungsentwicklung Berlins im Ballungsraumvergleich auch Schmid/Spée (1995) sowie Schmid/Dathe (2001).

lich besser als Berlin ab. In Dresden sind zwischen 1992 und 2006 trotz massiver wirtschaftlicher Umstrukturierungen 8,6 Prozent mehr Arbeitsplätze entstanden. Auch in Leipzig war die Entwicklung mit einem Beschäftigungszuwachs von 3 Prozent günstiger.

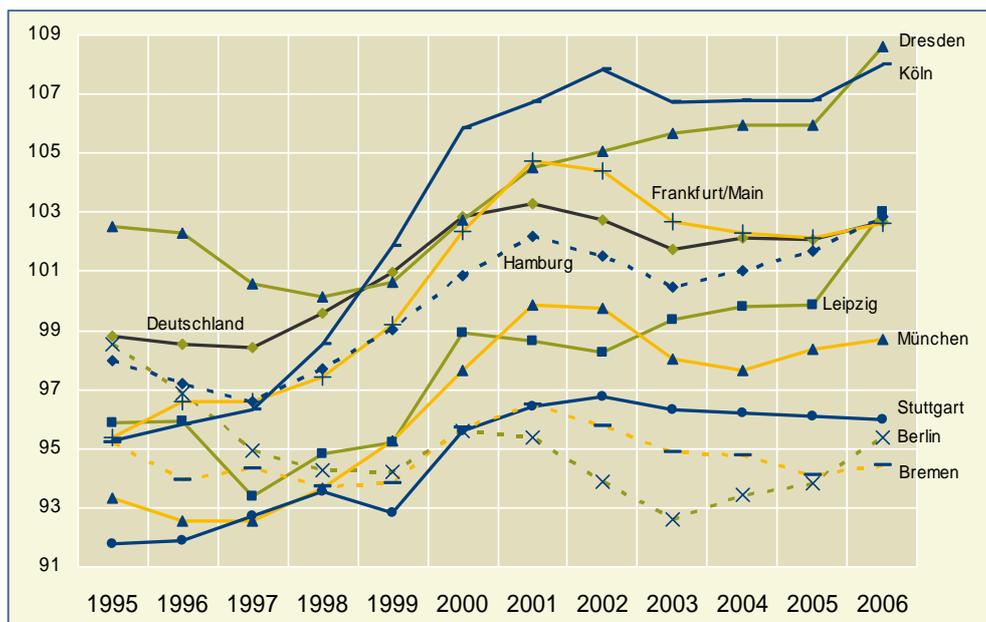
Abbildung 8: Erwerbstätige (ET) und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB) in Berlin



Erwerbstätige jeweils im Jahresdurchschnitt in Tsd.; soz.vers.pfl. Beschäftigte jeweils am 30. Juni in Tausend.

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

Abbildung 9: Entwicklung der Erwerbstätigen im Städtevergleich 1995 bis 2006



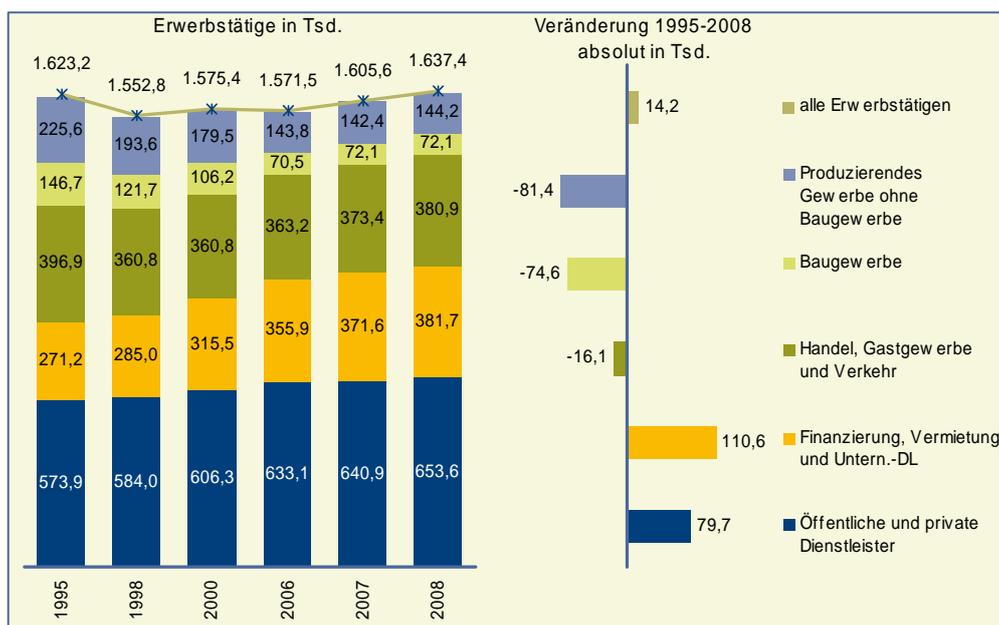
Indexberechnung: 1992 = 100.

Quelle: VGR der Länder und Kreise; eigene Berechnungen.

Der ökonomische Wandel hat zu einer deutlichen Verschiebung der sektoralen Struktur in der Hauptstadt geführt, in der inzwischen 86,5 Prozent (im Jahr 2008) der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor⁵ arbeiten (Abbildung 10). 1995 waren es noch 76,5 Prozent (2001: 82,3 %). Die Erwerbstätigkeit expandierte vor allem bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen (einschl. Kredit- und Versicherungsgewerbe), aber auch im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich. Entsprechend stark war der Bedeutungsverlust des Verarbeitenden Gewerbes, das sich u. a. durch das Auslaufen der umsatzbezogenen Berlin-Förderung in den Jahren 1992/93 belastet sah. Die Zahl der Erwerbstätigen ist hier seit 1995 um 68.500 bzw. 34 Prozent auf 131.800 (2008) gesunken. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an den Erwerbstätigen insgesamt fiel von 12,3 Prozent (1995) auf 8,0 Prozent (2008).

Die Berliner Industrie ist nach der Wiedervereinigung gemessen am Wertschöpfungs- und Beschäftigungsanteil erheblich geschrumpft. Der Entwicklungsrückstand wird anhand eines Vergleichs mit anderen Metropolen wie Frankfurt/Main, Stuttgart, München und Hamburg deutlich. Die Industriedichte lag 2008 in Berlin bei 34 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe je 1.000 Einwohner, während es in Hamburg 62, in München 98, in Frankfurt/Main 61 und in Stuttgart 127 waren.

Abbildung 10: Erwerbstätige in Berlin nach Wirtschaftsbereichen 1995 bis 2008



Erwerbstätige in Tausend jeweils im Jahresdurchschnitt.

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg; eigene Berechnungen.

Berlin war in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die größte Baustelle Europas. Für nationale und internationale Investoren boten sich Immobilien insbesondere im neuen Zentrum als Diversifikation ihrer Anlagestrategie an (Callies 1996). Wegen wesentlicher Leistungserbrin-

⁵ Definition Dienstleistungssektor: Die Wirtschaftsbereiche Handel/Gastgewerbe/Verkehr, Finanzierung/Vermietung/unternehmensbezogene Dienstleistungen sowie öffentliche und private Dienstleister wurden zusammengefasst.

gung durch Firmen von außen profitierte das Berliner Baugewerbe kaum von der regen Bautätigkeit in der Hauptstadt. Lag der Anteil der Bauwirtschaft Mitte der 1990er Jahre noch bei neun Prozent an den Erwerbstätigen in Berlin, waren es im Jahr 2000 bereits 6,7 Prozent und 2008 nur noch 4,4 Prozent (Abbildung 10).

Vor der Wende waren in Westberlin unternehmensbezogene Dienstleistungen aufgrund von fehlenden Unternehmenszentralen und des Verlustes dispositiver Unternehmensfunktionen deutlich unterrepräsentiert. Die Ostberliner Beschäftigungssituation war gekennzeichnet durch ein starkes Gewicht des Staatssektors und sog. Massenorganisationen; hier waren etwa ein Drittel der Erwerbstätigen beschäftigt (Bogai 1996). Entwicklungsrückstände insbesondere bei produktionsorientierten Dienstleistungen waren für Gesamtberlin die Folge.

Nach der Wiedervereinigung sind nur wenige Unternehmenszentralen in die Bundeshauptstadt verlagert worden. Dies ist die wesentliche Ursache, dass Ende der 1990er Jahre höherwertige Unternehmensdienste wie Wirtschaftsberatung, Marktforschung, Datenverarbeitung, Beratungsdienstleistungen gegenüber vergleichbaren Großstädten unterrepräsentiert waren (Krätke 2000).

Der Mangel an Nachfrage nach höherwertigen unternehmensnahen Dienstleistungen in Berlin zeigt sich nach wie vor beim Vergleich von Dienstleistungsstruktur und -dichte zu deutschen Städten. Während in Berlin die Dichte an Dienstleistungsarbeitsplätzen mit geringen Qualifikationsanforderungen vergleichbar ist mit anderen Städten, ist der Rückstand bei den wissensintensiven Dienstleistungen beträchtlich (vgl. Tabelle 3). Ebenfalls gering ist die Nachfrage nach Zeitarbeit, was auf die geringe Bedeutung des industriellen Sektors zurückzuführen ist (Bogai/Wesling 2009).

Tabelle 3: Dienstleistungsdichte* deutscher Großstädte 2008

	Hamburg	Frankfurt am Main	Stuttgart	München	Berlin	Dresden	Leipzig
Einwohner	1.770.629	659.021	597.176	1.311.573	3.416.255	507.513	510.512
<i>soz.vers.pfl. Beschäftigte</i>							
einfache unternehmensbezogene Dienstleistungen	44.798	35.310	12.935	36.820	79.143	11.387	16.087
wissensintensive unternehmensbez. Dienstleistungen	108.097	79.128	51.986	102.847	122.640	25.001	22.769
Zeitarbeit	28.910	15.121	8.823	19.137	30.668	8.692	10.756
<i>je 1.000 Einwohner</i>							
einfache unternehmensbezogene Dienstleistungen	25,3	53,6	21,7	28,1	23,2	22,4	31,5
wissensintensive unternehmensbez. Dienstleistungen	61,1	120,1	87,1	78,4	35,9	49,3	44,6
Zeitarbeit	16,3	22,9	14,8	14,6	9,0	17,1	21,1

* Soz.vers.pfl Beschäftigte am Arbeitsort (30. Juni 2008) je 1.000 Einwohner (31. Dezember 2007); Definition einfache und wissensintensive Dienstleistungen: Siehe Anhang Tabelle A 2.

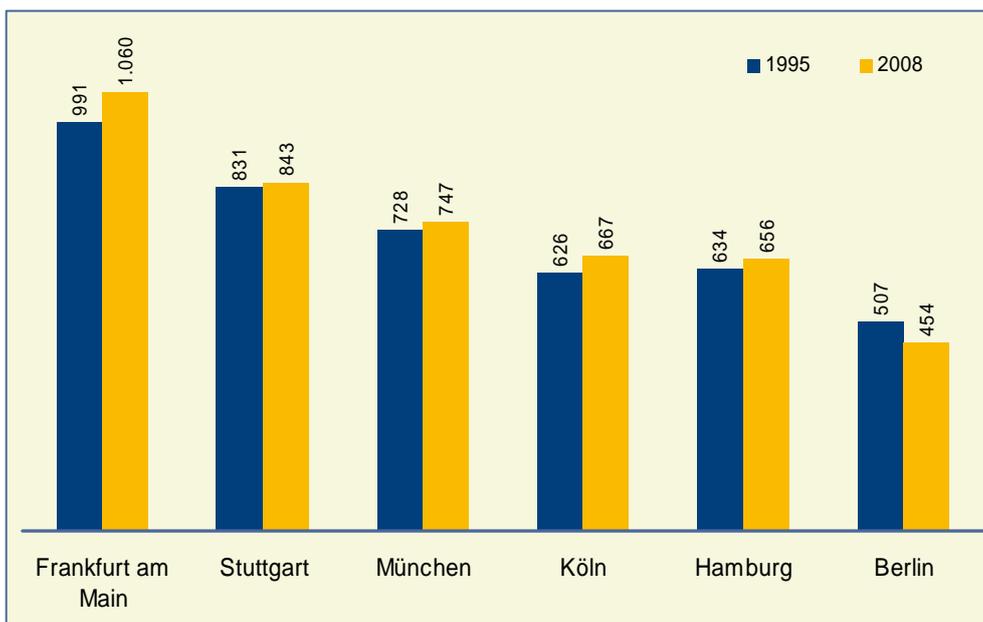
Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Abschließend soll auf das Grundproblem der Berliner Wirtschaft hingewiesen werden, nämlich ihre geringe Beschäftigungsleistung und schwache Binnennachfrage. Dies zeigt sich sowohl am Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Berlin an der Bevölkerung als auch an den Beschäftigten mit Berlin als Wohnort. Die Arbeitsplatzdichte⁶ lag in Berlin 2008 bei 454 je 1.000 Einwohner zwischen 15 und 64 Jahren; sie ist damit deutlich niedriger als z. B. in Hamburg (vgl. Abbildung 11). Während der Arbeitsplatzbesatz vergleichbarer Großstädte seit Mitte der 1990er Jahre zugenommen hat, ist er in Berlin um 10,4 Prozent gesunken. Sehr gering ist auch der Bevölkerungsanteil der Berliner, der einer Beschäftigung nachgeht⁷. Im Jahre 2008 waren von 1.000 Berliner Einwohnern im Erwerbsalter 413 sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In Hamburg lag dieser Anteil um 16,5 Prozent und in München sogar um fast ein Drittel höher. Dies erklärt sich im Wesentlichen aus der geringen Beschäftigtenquote der Männer in Berlin (Bogai/Hirschenauer 2006). Insbesondere bei den 25- bis 44-jährigen Männern zeigt sich eine extrem niedrige Beschäftigung. Der Arbeitsplatzabbau nach der Wiedervereinigung, vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und ab Mitte der 1990er auch im Baugewerbe hat die Berliner Bevölkerung (inkl. der Migranten) stark getroffen (Brenke 2008). Gegenüber den westdeutschen Großstädten sind außerdem die relativ geringen Verdienste in der Hauptstadt, die Resultat fehlender Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung und eines starken Konkurrenzdrucks am Arbeitsmarkt sind, zu berücksichtigen, die ihrerseits die Binnennachfrage in der Hauptstadt schwächen. So lag das gesamtwirtschaftliche Einkommensniveau je Arbeitnehmer 2006 in Berlin um 20 Prozent unter dem in München bzw. um 15 Prozent unter dem in Hamburg oder Köln (Schuldt 2008).

⁶ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort: Stichtag jeweils 30. Juni des Jahres) je 1.000 Einwohner im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Bevölkerung: Stichtag jeweils Ende des Jahres). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Einpendleranteil in anderen Städten deutlich höher ist (Bogai/Wiethölter 2007).

⁷ Bei diesem Indikator werden die Anzahl der Beschäftigten mit dem Wohnort in Berlin oder anderen Städten auf die Erwerbsbevölkerung bezogen und die Auspendler in andere Regionen berücksichtigt.

Abbildung 11: Beschäftigungsdichte* im Vergleich deutscher Großstädte 1995 zu 2008



* Soz.vers.pfl Beschäftigte am Arbeitsort (30. Juni 2008) je 1.000 15- bis 64-jähriger Einwohner (31. Dezember 2007).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

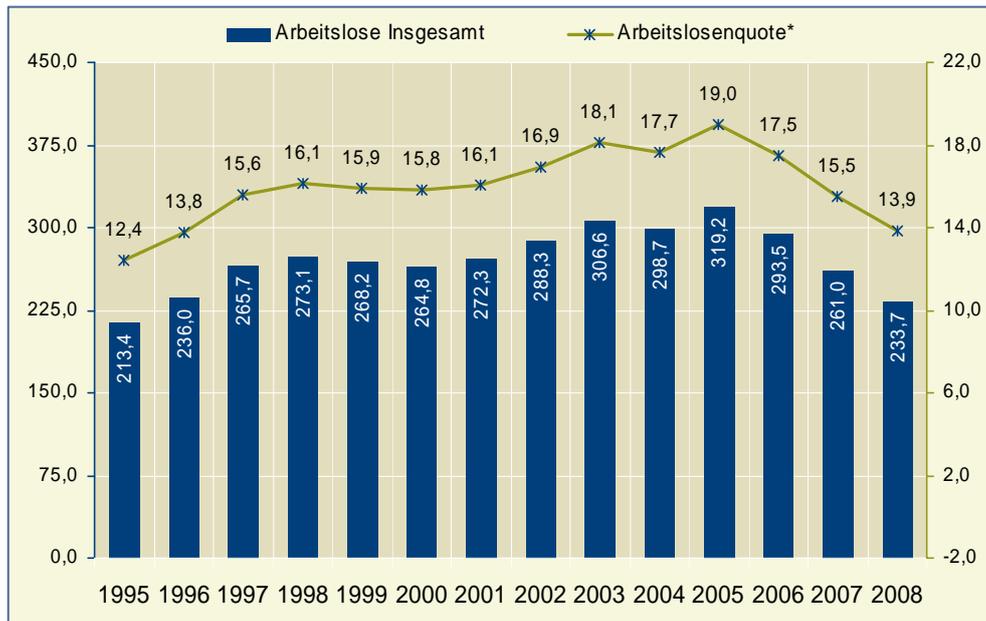
3.4 Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Infolge der starken Beschäftigungsverluste ist die Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren, mit Ausnahme der Jahre 1999 und 2000, kontinuierlich angestiegen. Verschlechtert hat sich die Arbeitsmarktsituation vor allem für Geringqualifizierte. Diese zunehmende Segmentierung der Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt eine Folge der Westberliner Wirtschaftsstruktur, die einen besonders hohen Anteil an Arbeitsplätzen ohne spezifische Qualifikationsanforderungen bereitstellte. Auf dem Arbeitsmarkt fand weniger eine direkte Verdrängung statt, da viele Einfacharbeitsplätze für Migranten wegfielen, als eine indirekte, denn die neuen Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor wurden häufig von Arbeitskräften aus dem östlichen Teil Berlins oder Brandenburg besetzt (Gaulke 1994). Die Qualifikationsmängel der Arbeitslosen insbesondere mit Migrationshintergrund bestanden weiter fort. Reissert und Schmid (1999: 174 f.) zeigen in ihrer Studie, dass in Berlin in den 1990er Jahren Qualifizierungsmaßnahmen relativ wenig im Vergleich zu anderen Bundesländern in Anspruch genommen wurden.

Die anhaltende Krise in der Bauwirtschaft, die grundlegende Umstrukturierung der Industrie und die allgemeine Konjunkturschwäche über fast 10 Jahre haben deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Seit Mitte der 1990er Jahre bis 2005 hat sich die Anzahl der Arbeitslosen stetig erhöht. Die Arbeitslosigkeit nahm von 213.400 im Jahresdurchschnitt 1995 auf 319.200 im Jahr 2005 zu (Abbildung 12). Die Arbeitslosenquote, ermittelt auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen (EP)⁸, stieg von 12,4 Prozent (1995) auf 19,0 Prozent (2005).

⁸ Bestehend aus: sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, geringfügig Beschäftigten, Arbeitsgelegenheiten (arbeitsmarktpolitische Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit), Beamten, Richtern, Soldaten, Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und Arbeitslosen.

Abbildung 12: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Berlin 1995 bis 2008

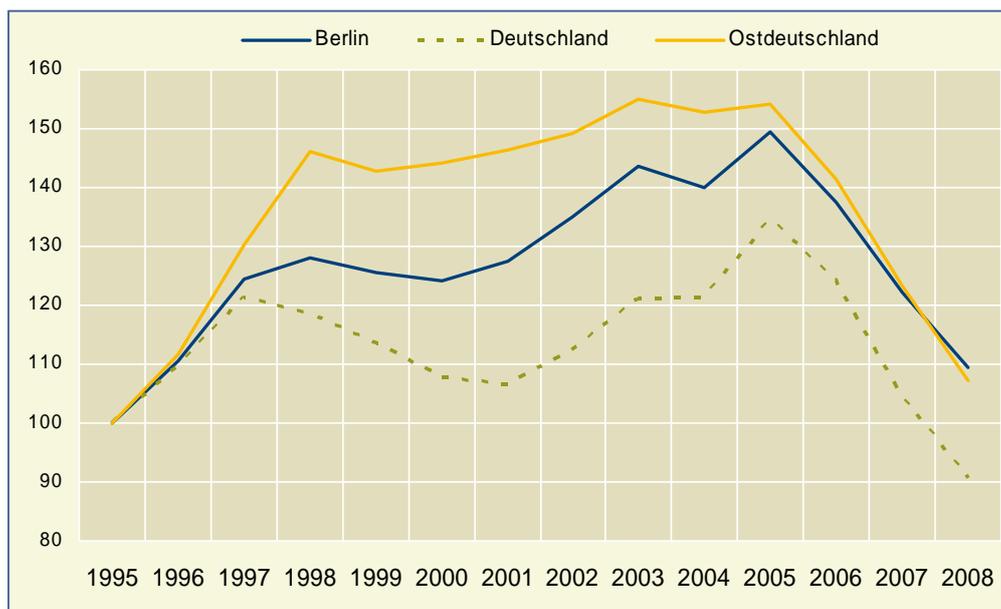


* Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen in Prozent. Arbeitslose (in Tausend) und zivile Erwerbspersonen jeweils im Jahresdurchschnitt. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

Damit wurde 2005 die Marke von rd. 300.000 registrierten Arbeitslosen überschritten, und die Arbeitslosenquote erreichte den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Die Unterbeschäftigungsquote⁹ lag zu diesem Zeitpunkt bei 24,3 Prozent. Im Vergleich zu Ostdeutschland zeigt die Arbeitslosigkeit in Berlin bei einer Indexbetrachtung seit 1995 zunächst einen geringeren Anstieg. Die Zunahmen in den Jahren 2002 und 2005 (Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende) waren allerdings so hoch, dass das ostdeutsche Niveau fast erreicht wurde. Ab dem Jahr 2005 nahm die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland und Berlin in gleichem Ausmaß ab (vgl. Abbildung 13).

⁹ Arbeitslose plus Kurzarbeiter (Vollzeitäquivalent), Teilnehmer an Struktur Anpassungsmaßnahmen, ABM und beruflicher Weiterbildung (Vollzeit) sowie Empfänger von Altersübergangsgeld in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

Abbildung 13: Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vergleich 1995 bis 2008



Indexberechnung: 1995 = 100; Arbeitslose jeweils im Jahresdurchschnitt.

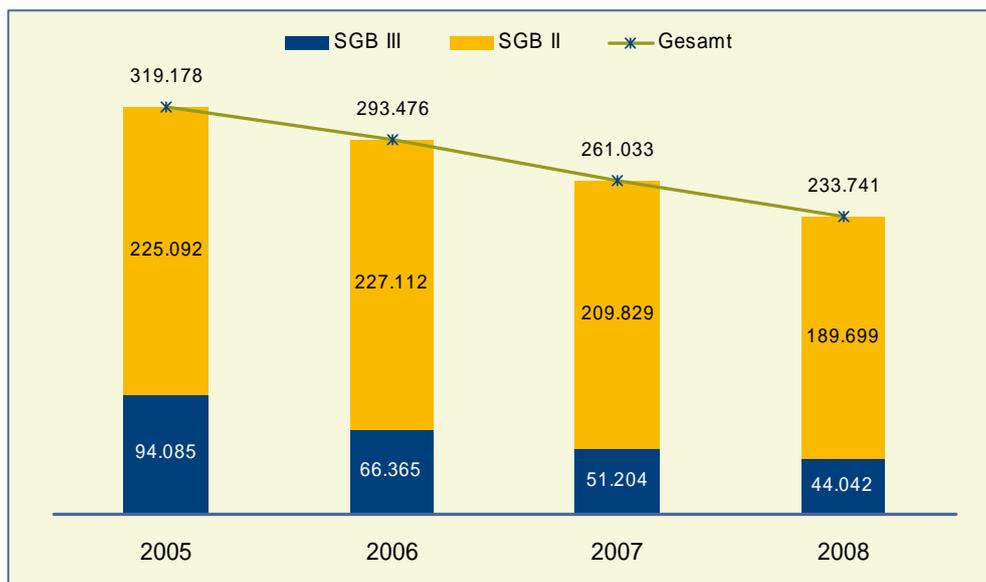
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

Im Januar 2005 wurde mit dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) die sogenannte Hartz-IV-Reform eingeleitet. Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurden zu einem System der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Sozialgesetzbuch II zusammengefasst. Arbeitslose werden seit diesem Zeitpunkt in zwei Rechtskreisen erfasst. Auf den Rechtskreis SGB III, den Versicherungsbereich, entfallen Personen, die in ihrer Mehrzahl erst seit kurzer Zeit arbeitslos sind¹⁰, während im Bereich der Grundsicherung die Betreuung und Vermittlung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (SGB II) organisiert ist. In Berlin wurden im Jahr 2008 rund 80 Prozent der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II erfasst, rund 20 Prozent zählen zum SGB III.

2006 und 2007 nahm aufgrund des anziehenden Wirtschaftswachstums die Arbeitslosigkeit auch in Berlin ab. Die Arbeitslosenzahlen in den Rechtskreisen SGB II und SGB III entwickelten sich dabei sehr unterschiedlich. Im SGB-III-Bereich nahm die Arbeitslosigkeit 2006 kräftig ab. Im Rechtskreis SGB II dagegen haben sich die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Im Verlauf des Jahres 2007 wurden die positiven konjunkturellen Impulse stärker und erfassten auch den Rechtskreis SGB II. Infolge dieser Entwicklung ging 2007 die Arbeitslosigkeit in beiden Rechtskreisen zurück, allerdings im SGB-III-Bereich deutlich stärker (vgl. Abbildung 14). 2008 ist die Arbeitslosigkeit insgesamt mit 233.700 und einer Quote von 13,9 Prozent (bezogen auf alle zivilen EP) fast auf das Niveau von Mitte der 1990er Jahre gesunken.

¹⁰ In der Regel bis zu 12 Monate, je nach Dauer der vorangegangenen Versicherungspflicht und nach Alter des Leistungsempfängers bis zu 24 Monate.

Abbildung 14: Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen (SGB III und SGB II) in Berlin 2005 bis 2008

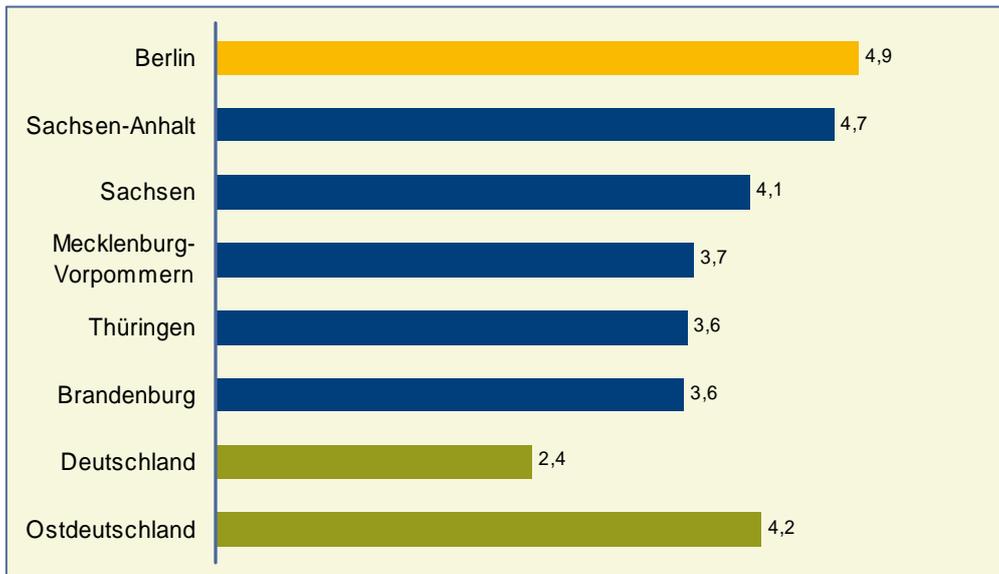


Arbeitslose jeweils im Jahresdurchschnitt.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Trotz der sinkenden Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren wird die anhaltend schwierige soziale Lage in der Bundeshauptstadt an der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen und erwerbsfähigen Hilfebedürftigen deutlich. Die Langzeitarbeitslosenquote errechnet sich aus Personen, die ein Jahr und länger arbeitslos sind, in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. Zwischen den Bundesländern bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Die höchsten Quoten verzeichneten 2008 Berlin (4,9 %) und Sachsen-Anhalt (4,7 %; vgl. Abbildung 15). In Deutschland insgesamt ist die Quote halb so hoch (2,4 %), und in Ostdeutschland insgesamt beträgt sie 4,2 Prozent.

Die Verfestigung der Arbeitslosigkeit hat sich in Berlin bereits nach der Wende gezeigt und in den 1990er Jahren weiter aufgebaut. Im Zuge der längerfristigen schrumpfenden Wirtschaftsleistung von 1996 bis 2004 hat die Langzeitarbeitslosigkeit weiter zugenommen. Vor allem in den Jahren 2001 bis 2005 ist sie aufgrund einer weiteren wirtschaftlichen Verschlechterung nochmals deutlich gestiegen. Erst ab dem Jahr 2007 erfasst der wirtschaftliche Aufschwung auch diesen Personenkreis (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 15: Langzeitarbeitslosenquote* in Bundesländervergleich 2008



* Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. Langzeitarbeitslose (Dauer über 1 Jahr) und zivile Erwerbspersonen im September 2008. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

Abbildung 16: Entwicklung der Langzeitarbeitslosenquote* im Vergleich 1995 bis 2008

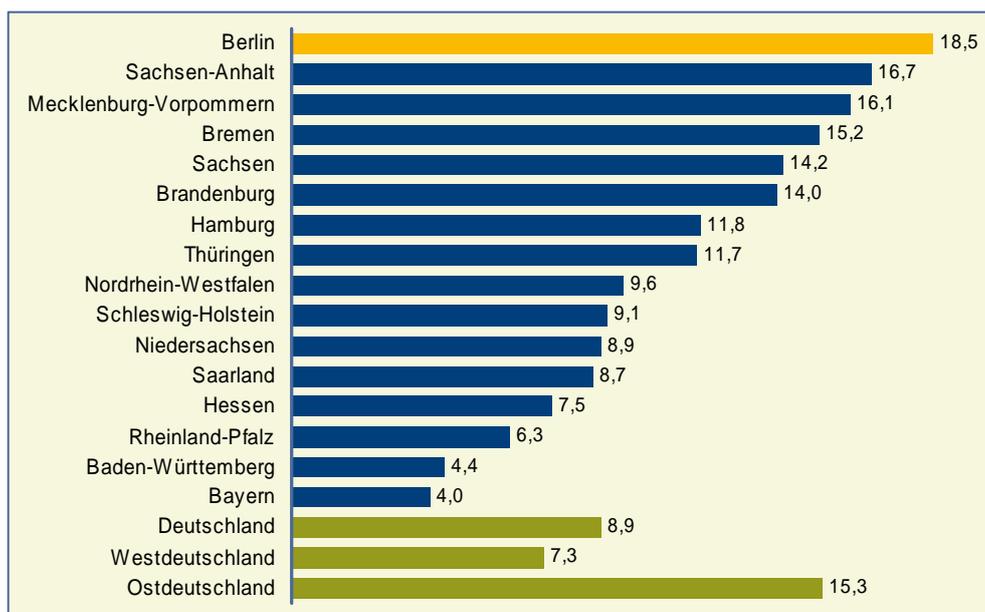


* Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. Langzeitarbeitslose (Dauer über 1 Jahr) und zivile Erwerbspersonen jeweils im September. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen.

Die prekäre soziale Situation in der Bundeshauptstadt wird daran deutlich, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Berlin zu mehr als 40 Prozent aus Sozialtransfers stammen (Brenke 2008). Dieser Anteil liegt in Berlin um 10 Prozentpunkte höher als z. B. in Bremen. Spiegelbild dessen ist die hohe Zahl erwerbsfähiger Hilfebedürftiger in Berlin. Der Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64

Jahren lag in Berlin bei 18,5 Prozent (Oktober 2008). Berlin hat damit unter allen Bundesländern die höchste Quote von Hilfebedürftigen. Sie ist auch höher als in den Stadtstaaten Hamburg (11,8 %) und Bremen (15,2 %; vgl. Abbildung 17). Ursache ist vor allem die skizzierte anhaltend ungünstige Beschäftigungsentwicklung. Unzureichende Qualifikationen beeinträchtigen die Arbeitsmarktchancen der Hilfebedürftigen mit und ohne Migrationshintergrund. Für einen Großteil der Migranten, die im Westteil der Stadt leben, zeigen sich schlechte Jobchancen, geringe Einkommen und hohe Transferabhängigkeit (Brenke 2008).

Abbildung 17: Quote der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen* nach Bundesländern 2008



* Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung. Erwerbsfähige Hilfebedürftige im Oktober 2008; Bevölkerung am 31. Dezember 2007. Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

4 Vergleichende Beschäftigungsanalyse für das Land Berlin

Nach der Darstellung der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Berlin werden im Folgenden die Ergebnisse aus einem IAB-Projekt dargestellt, das als vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten (VALA) bezeichnet wird. Es liegt ein ökonometrisches Schätzmodell zugrunde, das Unterschiede in der regionalen Beschäftigungsentwicklung zwischen Bundesländern und Kreisen erklärt.¹¹

4.1 Methode und Variablen

Ausgangspunkt der vergleichenden Analyse von Länderarbeitsmärkten ist die Beobachtung, dass auf dem deutschen Arbeitsmarkt auf regionaler Ebene erhebliche Disparitäten, insbesondere in der Arbeitslosigkeit bestehen. Die Arbeitslosigkeit ist ihrerseits vor allem Folge der Beschäftigungsentwicklung. Diese lässt sich zwar aufgrund der komplexen Wirkungszusammenhänge nicht mit einem geschlossenen theoretischen Ansatz erklären, jedoch ist da-

¹¹ Siehe zum Schätzmodell Ludsteck (2006) und Hell/Schanne (2008).

von auszugehen, dass die relevanten Faktoren bestimmt und empirisch getestet werden können. Aufgrund theoretischer Überlegungen¹² und der Datenverfügbarkeit wurden allgemeine in allen Regionen wirksame Faktoren wie Branchenzusammensetzung, Betriebsgröße, Qualifikation und Lohnniveau sowie explizit regionsspezifische Standortbedingungen in die Analyse einbezogen.

Die Wirkungen der benannten Faktoren (im späteren Sprachgebrauch als Effekte bezeichnet) auf die Beschäftigungsentwicklung in den Bundesländern und Kreisen wurden durch eine Shift-Share-Regression ermittelt. Die klassische Shift-Share-Analyse zerlegt die regionale Beschäftigungsentwicklung in zwei Bestandteile. Die strukturelle Komponente, die sich ergeben würde, wenn z. B. die Branchenstruktur in der Region derjenigen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene entspräche. Die lokale Komponente resultiert dann aus der Abweichung von dieser (strukturell) erwartbaren Entwicklung. Der Regressionsansatz erlaubt im Gegensatz zur klassischen Shift-Share-Analyse die Aufnahme mehrerer Determinanten, die, wie z. B. die Betriebsgröße, den strukturellen Erklärungsanteil präzisieren sollen. Zudem ermöglicht die Regressionsanalyse die Bestimmung statistisch gesicherter Einflüsse von Variablen. Damit unterscheidet sich auch der Standorteffekt von der herkömmlichen Shift-Share-Analyse, in der er lediglich eine Restgröße bildet. Bei statistisch signifikanten Standorteffekten kann vermutet werden, dass systematische Einflüsse gemessen werden. Das regionale Lohnniveau hat in der Modellschätzung zu keinen signifikanten Ergebnissen geführt und wurde deshalb nicht als erklärende Variable berücksichtigt.

Erklärt werden soll mit der Shift-Share-Regression die jährliche Wachstumsrate der Beschäftigung¹³ in den ostdeutschen Kreisen im Zeitraum zwischen 1996 und 2005. Allgemeine ökonomische Einflüsse auf die regionale Beschäftigungsentwicklung gehen von der Branchenzusammensetzung, der Qualifikation der Beschäftigten und der Verteilung der Betriebsgrößen eines Kreises bzw. Bundeslandes aus. Die Informationen zum Qualifikationsniveau, zur Branchen- und Betriebsgrößenstruktur in den einzelnen Kreisen gehen als Anteilswerte in die Modellrechnung ein.¹⁴

Die Regressionsergebnisse geben Auskunft darüber, wie groß die Wirkung der verschiedenen Faktoren ist und ob sie die Beschäftigungsentwicklung positiv oder negativ beeinflussen. Im Ergebnis setzt sich die regionale Beschäftigungsentwicklung aus den Werten der einzelnen Effekte und dem Trendwachstum in Ostdeutschland zusammen.

Die Standorteffekte geben Einflüsse wieder, die nicht durch die Variablen erklärt werden können, die für alle Regionen gelten. Dieser Effekt ist auch als „lokale Besonderheit“ zu betrachten, wie z. B. die Lage des Landes bzw. des Kreises, die Marktnähe, die Infrastrukturausstattung, vorhandene Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen oder Einfluss der Poli-

¹² Siehe zur Auswahl der Analysevariablen Amend/Otto (2006).

¹³ Die Analyse basiert auf der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die zu Vollzeitäquivalenten zusammengefasst wurden. Die Brancheninformationen wurden auf der Grundlage der NACE-Doppelbuchstaben, mit Ausnahme der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (DL), die noch in höherwertige, einfache DL und Zeitarbeit aufgespalten wurden, siehe Anhang Tabelle A 1 und Tabelle A 2.

¹⁴ Vergleiche die Beschreibung des Regressionsmodells bei Hell/Schanne (2008). Siehe auch Patterson (1991), Möller/Tassinopoulos (2000), Wolf (2002) und Blien (Hrsg.; 2003).

tik auf Wirtschaft und Beschäftigung. Negative Standorteffekte sind nicht gleichbedeutend mit durchgängig schlechten Standortbedingungen. Vielmehr weist ein negativer Standorteffekt darauf hin, dass es in einem Bundesland oder Kreis Faktoren gibt, die das Beschäftigungswachstum behindern. Solche negativen Aspekte von Regionen, wie z. B. periphere Lage, können aber durchaus durch andere günstige Standortbedingungen, wie z. B. eine überdurchschnittliche Ausstattung mit Humankapital kompensiert werden.

Schließlich muss beachtet werden, dass mit dem Schätzmodell Abweichungen von einer durchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland untersucht werden. Positive bzw. negative Effekte bedeuten nicht, dass die Beschäftigung im betreffenden Kreis steigt bzw. schrumpft, sondern dass sie über bzw. unter dem durchschnittlichen Wachstum in Ostdeutschland liegt.

Im Fall der Bundeshauptstadt stellt sich das Problem der angemessenen Vergleichsregion. Die Beschäftigungsentwicklung in Berlin wird in dieser Untersuchung in Abweichung zum Referenzraum Ostdeutschland untersucht. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Bundesländer und Berlins unterschiedlichen Ausgangsbedingungen folgt. Der Vergleich mit einzelnen ostdeutschen Bundesländern ist ebenfalls nicht unproblematisch, da die größte deutsche Stadt deutliche Unterschiede zu den Flächenländern aufweist. Schließlich sollen die Ergebnisse für ostdeutsche Kernstädte herangezogen werden, weil hier großstädtische Strukturen miteinander verglichen werden. Daher wird nachfolgend entsprechend der siedlungsstrukturellen Kreistypen des Bundesamtes für Raumordnung Berlin mit den ostdeutschen Städten des Kreistyps 1 verglichen.¹⁵

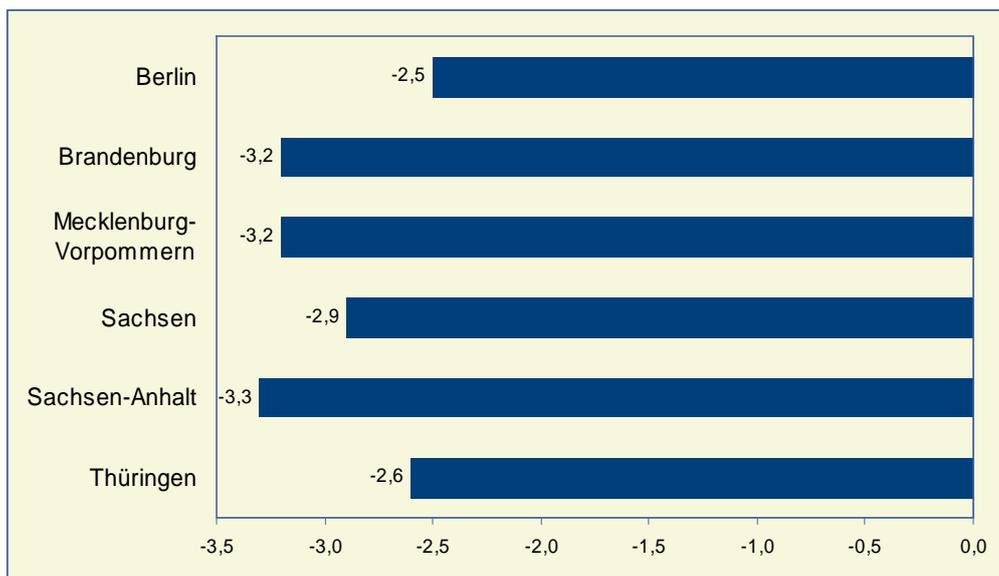
4.2 Beschäftigungsentwicklung in ostdeutschen Bundesländern und Großstädten

Insgesamt sank die Beschäftigung in Ostdeutschland im betrachteten Zeitraum 1996 bis 2005 um durchschnittlich rund 2,9 Prozent¹⁶ pro Jahr. In Berlin betrug im gleichen Zeitraum der Rückgang durchschnittlich 2,5 Prozent. Im Vergleich der neuen Länder hat Berlin damit noch die günstigste Beschäftigungsentwicklung. Die ostdeutschen Bundesländer können in zwei Gruppen unterteilt werden: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit starker Beschäftigungsabnahme auf der einen Seite und Berlin, Sachsen und Thüringen mit vergleichsweise besserer Entwicklung auf der anderen Seite (vgl. Abbildung 18).

¹⁵ Dazu zählen in Ostdeutschland neben Berlin, Potsdam, Dresden, Leipzig und Chemnitz (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2009).

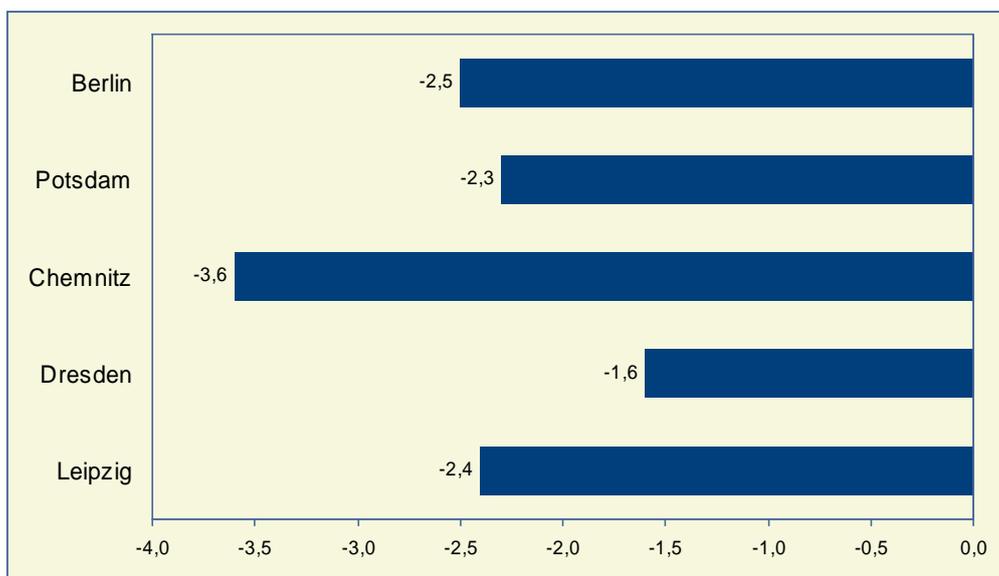
¹⁶ Jährliche durchschnittliche Veränderung (arithmetisches Mittel).

Abbildung 18: Beschäftigungsentwicklung im ostdeutschen Bundesländervergleich 1996 bis 2005



Während Berlin im Bundesländervergleich das beste Ergebnis erzielte, zeigt sich im ostdeutschen Großstadtvergleich ein anderes Bild. Hier entwickelte sich in den ausgewählten Großstädten, abgesehen von Chemnitz, die Beschäftigung günstiger als in Berlin. Vor allem Dresden schnitt mit nur -1,6 Prozent deutlich besser ab, vgl. Abbildung 19.

Abbildung 19: Beschäftigungsentwicklung im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1) 1996 bis 2005



Nach der Darstellung der empirischen Beschäftigungsentwicklung sollen im Folgenden die Erklärungsbeiträge der einzelnen Variablen untersucht werden.

4.3 Brancheneffekt

Zunächst soll die Wirkung der Branchenzusammensetzung in Berlin im Vergleich zu Ostdeutschland dargestellt werden. Dabei werden der ökonometrische Effekt und die Entwicklung in den einzelnen Branchen untersucht und interpretiert.

Dass die Branchenzusammensetzung in einer Region zentral für die Beschäftigungsentwicklung ist, erscheint unmittelbar einsichtig. Ein Übergewicht an expandierenden Branchen¹⁷ wirkt sich positiv aus, das Vorhandensein altindustrieller schrumpfender Wirtschaftszweige bewirkt das Gegenteil.

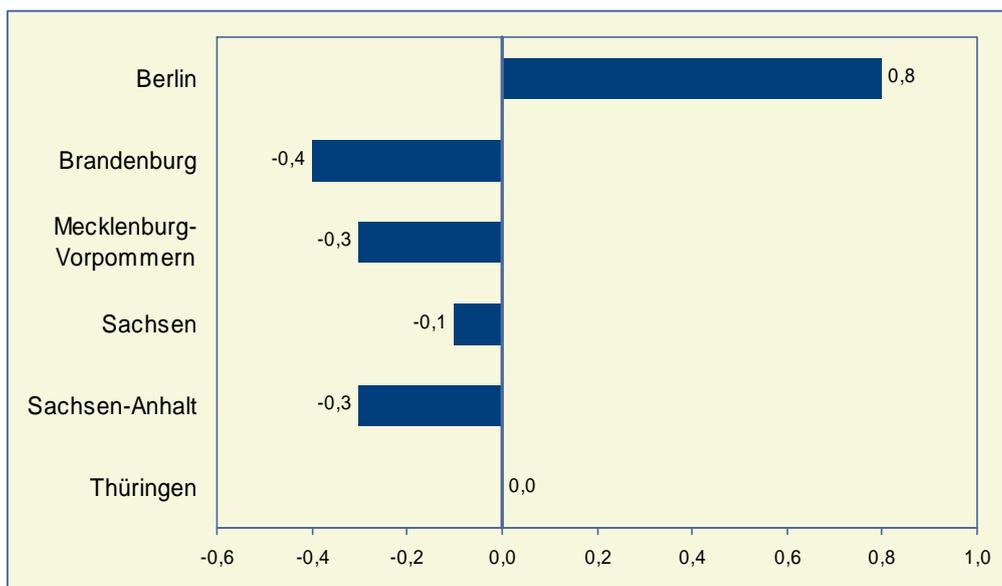
In einer dynamischen Wirtschaft unterliegen Produkte und Branchen einem Lebenszyklus. Besonders vorteilhaft ist es für die regionale Beschäftigung, wenn die ansässigen Firmen Produkte herstellen, die sich in der Wachstumsphase befinden und für die die Nachfrageelastizität hoch ist, da kleine Preisänderungen einen überproportionalen Nachfrageanstieg bewirken (Appelbaum/Schettkat 1993, 1999). In der Reifephase lässt sich der Absatz kaum mehr über Preissenkungen erhöhen, und Produktivitätssteigerungen gehen mit Beschäftigungsabbau einher. Umgekehrt kann die Spezialisierung einer regionalen Ökonomie auf junge innovative Branchen mit hohen Produktivitätsfortschritten die Grundlage für dynamisches Beschäftigungswachstum bilden. Die Beschäftigungsentwicklung in den Regionen hängt somit davon ab, in welcher Phase des Produktlebenszyklus sich die hergestellten Güter der jeweils strukturprägenden Branchen befinden.

4.3.1 Ergebnis des Analysemodells

Der in dem Analysemodell ermittelte Brancheneffekt beträgt für Berlin +0,8 Prozentpunkte, d. h. die Branchenzusammensetzung wirkt sich positiv auf die Beschäftigungsentwicklung aus und dies so stark wie in keinem anderen ostdeutschen Bundesland (vgl. Abbildung 20). Die Wirtschaftsmetropole Berlin wird demnach in stärkerem Maße durch weiter unten erläuterte Wachstumsbranchen und weniger stark durch schrumpfende Branchen geprägt als die ostdeutsche Wirtschaft insgesamt.

¹⁷ Wachstumsbranchen sind in diesem Modell alle Branchen, die im Untersuchungszeitraum eine bessere Beschäftigungsentwicklung aufwiesen als der ostdeutsche Durchschnitt.

Abbildung 20: Brancheneffekt im ostdeutschen Ländervergleich

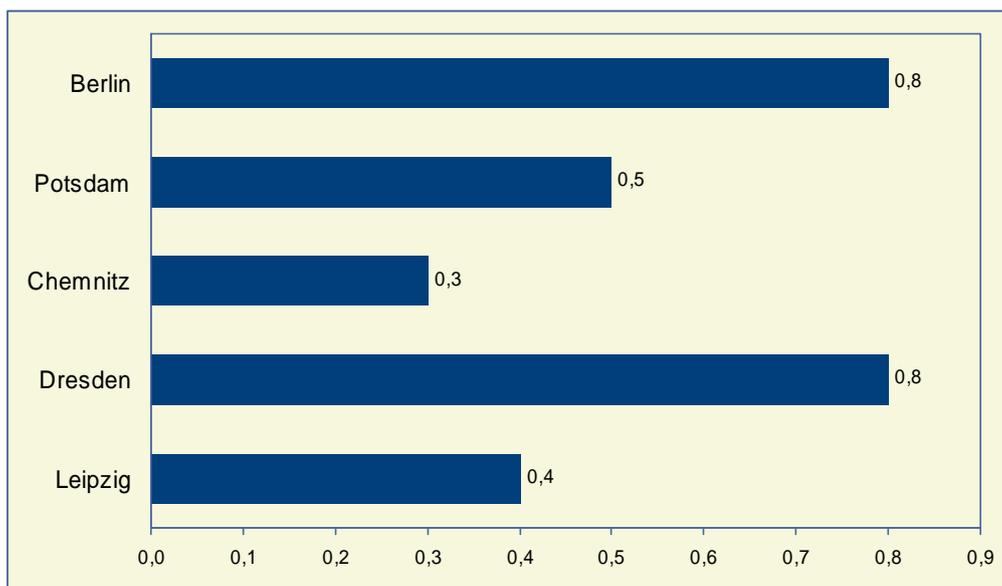


Bei der Interpretation des Brancheneffektes ist zu berücksichtigen, dass in Berlin agglomerationsbedingt spezifische Branchenkonzentrationen vorliegen, über die das „Flächenland Ostdeutschland“ nicht annähernd verfügen kann. So erreicht aufgrund der Größe der Metropole die Anzahl der Berliner Beschäftigten in bedeutsamen Wirtschaftsbereichen wie Forschung und Entwicklung rund 35 Prozent und in der Datenverarbeitung gut 40 Prozent aller Beschäftigten dieser Bereiche in Ostdeutschland. Das heißt aber auch, dass teilweise stark positive oder negative Koeffizienten bestimmter Branchen in Ostdeutschland auf die Entwicklung in Berlin zurückzuführen sind.

Gleichzeitig ist zu beachten, dass eine städtische Wirtschaftsstruktur sich erheblich von Flächenländern unterscheidet. Daher werden zum Vergleich auch Kernstädte in Ostdeutschland herangezogen. Darüber hinaus werden in den folgenden Abschnitten die Modellergebnisse in Bezug auf die Branchen u. a. durch deskriptive Auswertungen, die eine tiefere Branchenanalyse ermöglichen, ergänzt.

Auffällig ist, dass insbesondere Ballungszentren in Ostdeutschland einen positiven Brancheneffekt aufweisen. Auf der Ebene der Typ-1-Städte spiegelt sich dies in den ausgeprägten positiven Brancheneffekten der Städte Dresden (+0,8 Prozentpunkte) und Potsdam (+0,5 Prozentpunkte) wider (vgl. Abbildung 21). Die primäre Ursache dieser Unterschiede ist in dem in Agglomerationen stark überrepräsentierten tertiären Sektor zu sehen. Die Kernstädte fungieren in der räumlichen Arbeitsteilung in der Regel als Dienstleistungszentren für die benachbarten, weniger verdichteten Gebiete.

Abbildung 21: Brancheneffekt im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)



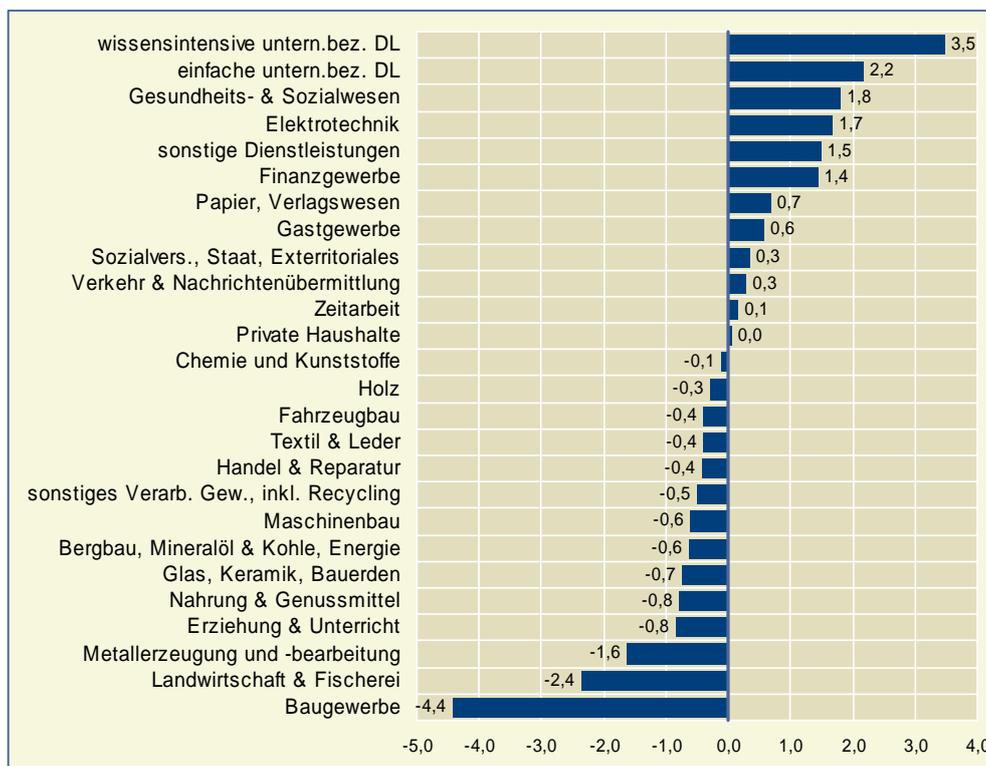
Insgesamt sind in der Analyse 26 Wirtschaftszweige¹⁸ aufgeführt, von denen 22 einen statistisch gesicherten Einfluss auf die Beschäftigung in den ostdeutschen Ländern ausüben, für die also in dem Analysemodell auf Basis aller Kreise ein signifikanter Koeffizient ermittelt wurde. Darunter befinden sich 15 Branchen mit einer positiven Beschäftigungswirkung (Wachstumsbranchen) und 7 Branchen mit einer negativen Beschäftigungswirkung (schrumpfende Branchen). So entsteht zum Beispiel ein Beschäftigungsverlust für ein Land oder einen Kreis, wenn a) Branchen mit überdurchschnittlichem Wachstum unterrepräsentiert und/oder b) Branchen mit unterdurchschnittlichem Wachstum überrepräsentiert sind. Analog entsteht ein Beschäftigungsgewinn, wenn Wachstumsbranchen überrepräsentiert und/oder schrumpfende Branchen unterrepräsentiert sind. Saldiert man diese Wirkungen der Branchenzusammensetzung, erhält man den Brancheneffekt.

In Berlin beruht der positive Effekt hauptsächlich auf den überdurchschnittlichen Anteilen von Wirtschaftszweigen mit positiver Beschäftigungswirkung in Ostdeutschland, vor allem wissensintensive Dienstleistungen (+3,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt), einfache unternehmensbezogene Dienstleistungen (+2,2 Prozentpunkte), Gesundheits- und Sozialwesen (+1,8 Prozentpunkte), Elektrotechnik (+1,7 Prozentpunkte), Finanzgewerbe (+1,4 Prozentpunkte) und sonstige Dienstleistungen (+1,5 Prozentpunkte), vgl. Abbildung 22. Die Wirtschaftsbereiche hingegen, von denen in Ostdeutschland eine negative Beschäftigungswirkung ausgeht, wie z. B. das Baugewerbe (-4,4 Prozentpunkte), der Bergbau (-0,6 Prozentpunkte) und die Landwirtschaft (-2,4 Prozentpunkte), sind in Berlin unterdurchschnittlich vertreten. Das wirkt sich jedoch positiv auf das Berliner Beschäftigungswachstum aus, da in Ostdeutschland von diesen Branchen eine stark negative Beschäftigungswirkung ausgeht. Analog entsteht ein Beschäftigungsverlust in Berlin, wenn Wachstumsbranchen in Ost-

¹⁸ Der Untergliederung der Branchen, wie sie in dieser Analyse verwendet werden, liegen die NACE-Doppelbuchstaben, die über die WZ 1993 und WZ 2003 nahezu identisch geblieben sind, zugrunde. Ausnahme: Unterabschnitt KA. KA wurde noch weiter zwischen einfachen, wissensintensiven unternehmensnahen Dienstleistungen und der Zeitarbeit (Arbeitnehmerüberlassung) differenziert.

deutschland unterrepräsentiert sind, wie z. B. Erziehung und Unterricht (-0,8 Prozentpunkte), Fahrzeugbau (-0,4 Prozentpunkte), Maschinenbau (-0,6 Prozentpunkte). Diese negativen Abweichungen, die allerdings gering sind, wirken ungünstig auf das Beschäftigungswachstum in Berlin.

Abbildung 22: Abweichung der Wirtschaftsstruktur Berlins zu Ostdeutschland in Prozentpunkten



4.3.2 Ausgewählte relevante Wirtschaftsbranchen in Berlin

Im Folgenden sollen bedeutsame Branchen in Berlin und ostdeutsche Wachstumsbranchen näher betrachtet werden. Die **wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungen** zählen zu den Wachstumsbranchen in Ostdeutschland. In Berlin liegt der Beschäftigungsanteil dieser Branche deutlich höher als in den neuen Ländern (+3,5 Prozentpunkte). Insbesondere diese Dienstleistungen dürften auf die speziellen Standortvorteile von städtischen Strukturen angewiesen sein. Als wissensintensive Dienstleistungen gelten nach Legler und Frietsch (2007) Wirtschaftszweige, in denen der Anteil der Hochschulabsolventen, der Beschäftigten mit natur- und ingenieurwissenschaftlicher Ausbildung und/oder der Beschäftigten mit Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionstätigkeiten überdurchschnittlich hoch ist. Diese Art von Dienstleistungen, zu denen auch die oben angeführten Finanz- und Unternehmensdienstleistungen zählen, wird überdurchschnittlich wissensintensiv produziert, wobei das Wissen an die eingesetzten Arbeitskräfte gebunden ist. Die Bedeutung von Agglomerationsvorteilen für die Produktion von wissensintensiven Dienstleistungen spiegelt sich in dem hohen Beschäftigungsanteil dieser Branchen wider. So konnte seit Mitte der 1990er Jahre insbesondere in Bereichen wie Datenverarbeitung, Werbung und Rechts- und Unter-

nehmensberatung zusätzlich Beschäftigung geschaffen werden. Auch das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) weist für Berlin eine hohe Spezialisierung im Dienstleistungsbereich Datenverarbeitung aus, worunter die Bereiche Hardware- und Softwareanbieter, Datenverarbeitungs- und Datenbankdienste zusammengefasst sind (Rosenfeld u. a. 2004). Die Errichtung einer Hauptstadtrepräsentanz von SAP dürfte auch ein Indiz für die zunehmende Attraktivität des Standortes Berlin für die IT-Wirtschaft sein.

Die **einfachen unternehmensbezogenen Dienstleistungen**, wie z. B. die Sicherheits- und Reinigungsdienste, sind in Berlin ebenfalls überdurchschnittlich stark vertreten (+2,2 Prozentpunkte). Gleichwohl war wie in Ostdeutschland die Beschäftigungsentwicklung im Untersuchungszeitraum leicht rückläufig. Hier fand der Beschäftigungsaufbau vor allem in den 1990er Jahren statt.

Das **Gesundheits- und Sozialwesen** stellt in Ostdeutschland eine besonders beschäftigungsrelevante Branche dar. In Berlin liegt der Beschäftigtenanteil der Gesundheitswirtschaft über dem ostdeutschen Durchschnitt (+1,8 Prozentpunkte). Die Relevanz dieser Branche für Berlin zeigt sich auch darin, dass diese Branche nach den unternehmensnahen Dienstleistungen das höchste Beschäftigungsgewicht ausübt. Nach einer Studie der TU Berlin bietet Berlin zahlreiche Standortvorteile für besondere Entwicklungschancen im Gesundheitsbereich. Berlin bietet eine lange Medizintradition (Charité, Virchow-Klinikum) und eine internationale medizinische Wissenschaftslandschaft (z. B. Herzzentrum, Max-Delbrück-Centrum für molekulare Medizin; Henke u. a. 2002). Danach wird der Standort Berlin im Bereich Medizintechnik, Biotechnologie und Pharmaindustrie sowohl national als auch international geschätzt. Darüber hinaus sind ausgewählte Einrichtungen der 73 Berliner Krankenhäuser medizinisch spezialisiert. Ergänzt wird das Angebot der stationären Einrichtungen durch diverse ambulante Pflegeeinrichtungen (u. a. psycho-soziale Betreuung, Rehabilitationseinrichtungen).

Die Gesundheitswirtschaft bildet einen zentralen wirtschaftspolitischen Schwerpunkt Berlins. Um langfristig Wachstumsbeiträge zu erzielen, gilt der Standort Berlin-Buch im Masterplan „Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg 2005-2010“¹⁹ als zentral. Dort sind Biotechnologieunternehmen, Kliniken und Grundlagenforschung eng miteinander vernetzt (Handrich u. a. 2008). Inzwischen arbeiten in Buch mehr als 4.500 Beschäftigte.

Während im Gesundheitswesen im Zeitraum 1998 bis 2007 vor allem in den Krankenhäusern aufgrund von Umstrukturierungen hohe Beschäftigungsverluste zu verzeichnen sind, sind u. a. im gesundheitsnahen Bereich, hier vor allem in den Praxen von Masseuren, Krankengymnasten und Heilpraktikern und sonstigen selbstständigen Tätigkeiten, neue Arbeitsplätze entstanden. Auch mittelfristig dürfte nach Einschätzung der Berliner Senatsverwaltungen die Konsolidierung im Krankenhaussektor anhalten und damit auch die Schließung von weiteren nicht wettbewerbsfähigen Standorten verbunden sein. Neben der Krankenversorgung und Gesundheitsförderung werden von Fachleuten im Bereich der Prävention, hier vor

¹⁹ Masterplan „Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg“ vorgelegt von der ressortübergreifenden Steuerungsgruppe der Staatssekretäre für Wirtschaft, für Gesundheit und für Wissenschaft sowie der Chefin der Senatskanzlei und des Chefs der Staatskanzlei der Länder Berlin und Brandenburg, 26. Oktober 2007.

allem im Bereich Wellness und Fitness, weitere Beschäftigungszuwächse erwartet (Senatsverwaltung Berlin 2004). Neben dem Gesundheitssektor verfügt Berlin über ein dichtes Netz an sozialen Einrichtungen wie Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen, Altenheime sowie eine vielfältige Struktur von sozialen Projekten und Vereinen.

Vom Wirtschaftsbereich **Handel/Reparatur** geht in Ostdeutschland nach der Analyse eine negative Beschäftigungswirkung aus. In Berlin liegt der Beschäftigungsanteil dieser Branche etwas niedriger als in Ostdeutschland (-0,4 Prozentpunkte). Dieses Ergebnis überrascht auf den ersten Blick. Beim Einzelhandel sind in der Metropolregion seit der Wiedervereinigung verschiedene Entwicklungsphasen und Umstrukturierungen zu beobachten. In den neunziger Jahren wurde im Berliner Umland eine Vielzahl von großen Einkaufszentren vorwiegend in der Nähe des Autobahnringes errichtet (Bogai/Wiethölter 2005). Diese Einkaufszentren im Umland haben zu einer härteren Konkurrenz mit den Einzelhandelszentren in der Innenstadt beigetragen. In den Folgejahren ist es zu einer verstärkten Hinwendung zu innerstädtischen Standorten gekommen (Birkholz/Engel 2007). Bis zum Jahr 2000 hat Berlin in Bezug auf das Verkaufsflächenangebot die Versorgungsdichte anderer Großstädte erreicht (HVB 2001). In Berlin wurden an mehreren Standorten (u. a. Potsdamer Platz, Alexanderplatz, Gesundbrunnen, Spandau) neue Shopping-Center gebaut. Auch in der jüngsten Vergangenheit sind weitere Einkaufszentren in der Nähe großer Wohngebiete eröffnet worden. Bei der im nationalen Vergleich geringen Kaufkraft Berlins bedeutet dies einerseits einen Verdrängungswettbewerb zwischen den Einzelhandelsstandorten. Andererseits wirkt sich auf den Berliner Einzelhandel die zunehmend positive Entwicklung im Tourismus günstig aus. Davon profitiert aber primär der Einzelhandel in City-West und City-Ost.

Für die Schwerpunktbranchen des **Verarbeitenden Gewerbes** weist Berlin im Vergleich zu Ostdeutschland für die Elektrotechnik einen deutlich höheren Anteil auf (+1,7 Prozentpunkte), während der Maschinenbau (-0,6 Prozentpunkte), der Fahrzeugbau (-0,4 Prozentpunkte) und der Bereich Metallerzeugung- und -verarbeitung (-1,6 Prozentpunkte) unterdurchschnittlich repräsentiert sind. In Ostdeutschland gehen von allen genannten Industriebranchen positive Beschäftigungswirkungen aus. Die entgegen dem ostdeutschen Trend in Berlin schwächeren Anteile in den genannten Industriezweigen beeinflussen die Beschäftigungsentwicklung negativ, während einzig von der Elektrotechnik aufgrund des höheren Beschäftigungsanteils eine positive Wirkung ausgeht. Insbesondere in der Metallbranche sind die Beschäftigungsanteile deutlich geringer. Metropolen sind erfahrungsgemäß keine guten Standorte für eine derartige Spezialisierung. Dies gilt auch für den Maschinenbau. Der Fahrzeugbau konzentriert sich in Berlin auf die Herstellung von Motorrädern und Motoren durch zwei große Unternehmen.

In der für die Berliner Industrie bedeutendsten Branche der Elektrotechnik sind gut 30 Prozent der Beschäftigten in der Industrie konzentriert. Innerhalb der Elektrotechnik zeigen sich zwei Schwerpunkte: Die Herstellung von Elektrogeräten und die Medizin-, Mess-, und Steuertechnik. Während der Wirtschaftsbereich der Herstellung von Elektrotechnik seit Mitte der 1990er Jahre sehr stark an Beschäftigung verloren hat, zeigt die Medizintechnik in Berlin eine leicht positive Tendenz. Sie ist im Berliner Raum ein traditionell stark verwurzelter Industriezweig und stellt einen bedeutenden Arbeitgeber in der Region dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Wirtschaftsbereich „Herstellung von medizintechnischen Geräten und

Instrumenten“ primär die Produktion erfasst. Der bedeutende Bereich Forschung und Entwicklung in der Medizintechnik wird der Wirtschaftsklasse Forschung und Entwicklung zugeordnet.

Die **Bauwirtschaft** hat in Berlin ein deutlich geringeres Gewicht als in den neuen Bundesländern. In Ostdeutschland hat das Baugewerbe eine hohe negative Wirkung auf die Beschäftigung. Durch die geringere Bedeutung dieser Branche in Berlin ist diese negative Wirkung auf die Beschäftigung entsprechend niedriger. Der seit der deutschen Vereinigung anhaltende Bauboom in Berlin hat sich seit Mitte der 1990er Jahre deutlich abgeschwächt. Viele große Investitionsvorhaben sind bereits realisiert oder kurz vor der Fertigstellung. Gleichzeitig sind in Berlin vermehrt Firmen von außen zum Einsatz gekommen, die ihren Anteil am regionalen Baugeschehen vergrößern konnten. Dabei wirken sich die niedrigeren Preise aus, zu denen Unternehmen aus den neuen Bundesländern oder dem Ausland aufgrund ihrer zum Teil erheblich niedrigeren Lohnkosten ihre Leistungen anbieten können.

4.4 Betriebsgrößeneffekt

Im Zuge der ökonomischen Entwicklung verändern sich die betrieblichen Größenstrukturen. Während in der Vergangenheit Phasen der Integration von vorleistenden Produktionstätigkeiten eher die Bildung von Großbetrieben begünstigten, lässt sich in den Industrieländern seit gut 30 Jahren eine Verschiebung der Betriebsgrößenstruktur hin zu kleineren und mittleren Betrieben beobachten. Deren Beschäftigtenanteile sind zu Lasten der Großbetriebe angestiegen. Diese Entwicklung beruht auf mehreren Faktoren.

Der Bedeutungsgewinn kleiner und mittlerer Firmen ist zum einen das Ergebnis großbetrieblicher Reorganisationsprozesse. Der gewachsene globale Preis- und Konkurrenzdruck sowie sich rasch ändernde Nachfragebedingungen erfordern von den Firmen eine verbesserte Anpassungsfähigkeit. Größere Unternehmen führten schlankere und flexiblere Organisations-, Prozess- und Managementstrukturen ein und haben ihre Fertigungstiefe durch die Auslagerung (Outsourcing) von Betriebsteilen verringert.

Als Reaktion auf den zunehmenden Wettbewerbsdruck sowie die geänderten Nachfragebedingungen hat sich unter den kleineren und mittleren Betrieben mit der flexiblen Spezialisierung eine neue Organisation der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung herausgebildet (Piore/Sabel 1985). Eine weitere Ursache für die gewachsene Bedeutung kleinerer und mittlerer Betriebe ist der Anstieg der Gründungsaktivitäten seit Beginn der 1990er Jahre. In diesem Kontext wird von einer neuen ‚Kultur der Selbstständigkeit‘ in den Industrieländern gesprochen. Die Beschäftigungsexpansion des tertiären Sektors, der sich u. a. wegen der hohen Arbeitsintensität bei der Leistungserstellung und dem Erfordernis der Kundennähe primär aus kleineren Betrieben zusammensetzt, liefert ebenfalls eine Erklärung für die Bedeutungszunahme kleinerer Betriebe.

Aufgrund dieser skizzierten Entwicklungen müsste ein hoher Beschäftigtenanteil von kleinen und mittleren Betrieben in einer Region für diese im Grunde genommen positive Beschäftigungsimpulse zur Folge haben. Zumal der Vorteil einer ausgewogenen Betriebsgrößenstruktur für eine Region darin besteht, dass Arbeitsplatzverluste in großen Betrieben in der Regel recht gut durch Expansionen von anderen Klein- und Mittelbetrieben aufgefangen werden.

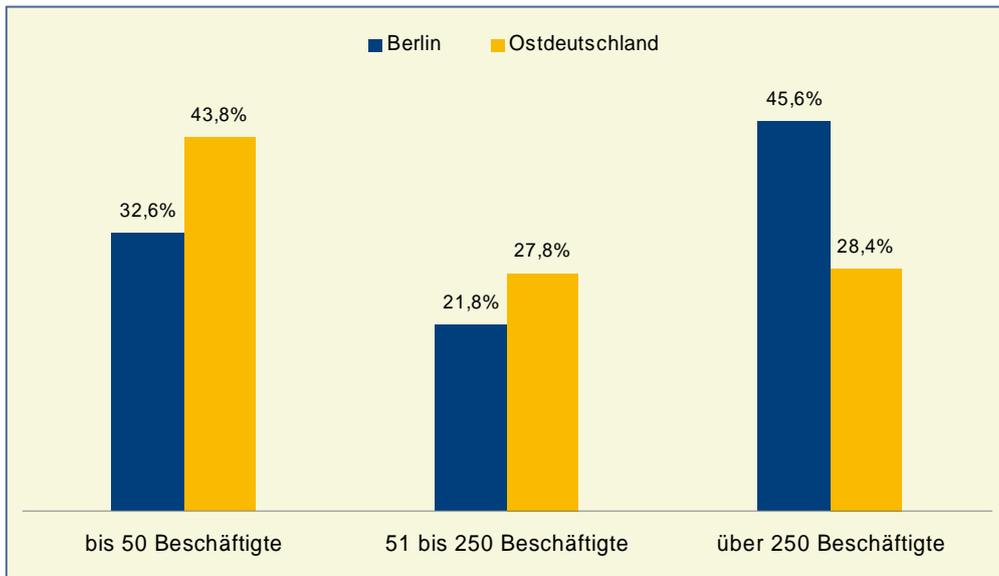
Die Betriebsgrößenstruktur spiegelt auch die Wettbewerbsintensität in einer Region wider: Die branchenspezifische Konzentration von Kleinbetrieben kann einen starken Konkurrenzdruck erzeugen und das betriebliche Scheiterrisiko erhöhen.

Der Betriebsgrößeneffekt hat in Berlin im Untersuchungszeitraum negativ auf die Beschäftigungsentwicklung gewirkt. Er lag bei minus 0,9 Prozentpunkten und wird durch überdurchschnittlich viele Großunternehmen in der Hauptstadt bestimmt. Der Anteil von großen Unternehmen liegt um 17,2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder (28,4 %), vgl. Abbildung 23. Der Koeffizient für Großunternehmen ist in Ostdeutschland hochsignifikant, d. h. Großunternehmen haben einen sehr negativen Einfluss auf die Beschäftigungswirkung. Dieser Zusammenhang erklärt sich damit, dass in dem betrachteten Analysezeitraum vor allem Großbetriebe stark Beschäftigung abgebaut haben.

Im ostdeutschen Vergleich muss die Größe des Berliner Marktes berücksichtigt werden, der naturgemäß zu einer höheren Zahl von Großbetrieben führt. Mit einem Beschäftigungsanteil von mehr als 45,6 Prozent bewegt sich die Hauptstadt deutlich über dem ostdeutschen Mittelwert. Neben größeren Industriebetrieben sind große Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Sozialversicherungen, Verwaltungs-, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter für dieses Ergebnis verantwortlich. Die derzeit fünf größten Unternehmen in Berlin beschäftigen jeweils zwischen 9.000 und 20.000 Personen. Dazu gehören die Deutsche Bahn AG (17.550), das Vivantes-Netzwerk für Gesundheit GmbH (13.510), die Charité-Universitätsmedizin Berlin (12.800), die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG; 11.030) und die Deutsche Telekom (9.000; IHK/HWK Berlin 2008: 16).

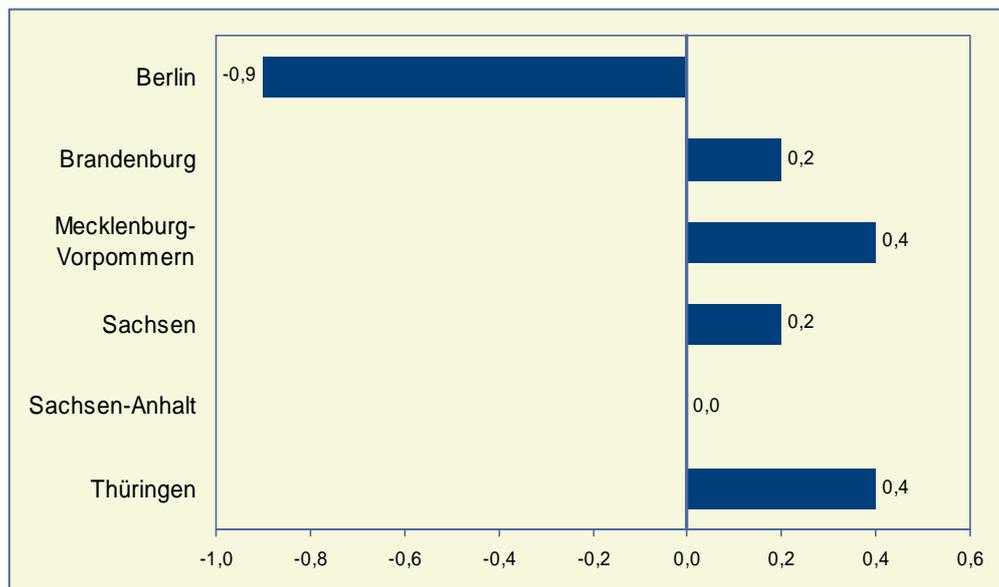
Vor allem die kleinen Betriebe sind Träger des Beschäftigungswachstums in Ostdeutschland. Der Koeffizient ist ebenso statistisch hochsignifikant. In Berlin sind kleine Unternehmen jedoch stark unterrepräsentiert. Trotz einer in den 1990er Jahren angestoßenen Gründeroffensive – „Berlin als Gründer-Hauptstadt“ – ist der Beschäftigungsbeitrag von kleineren und mittleren Betrieben noch sehr spärlich. Dies liegt einerseits in der Produktionsstruktur der lokalen Wirtschaft und ist andererseits in der schwachen lokalen Nachfrage begründet. Die von Rosenfeld u. a. (2004) identifizierten Kompetenznetzwerke wie z. B. die Metallverarbeitung, aber auch das Gesundheitswesen umfassen tendenziell größere Betriebe. Die Neugründungen von Firmen z. B. in der Biotechnologie können den dominanten Einfluss der Großbetriebe nur unwesentlich beeinflussen.

Abbildung 23: Anteil der Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen im Land Berlin



Positiv schneiden beim Betriebsgrößeneffekt alle anderen ostdeutschen Bundesländer ab (vgl. Abbildung 24). Vor allem Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen profitieren davon, dass Firmen mittlerer Größe in der Region stark überrepräsentiert sind, während das Gewicht großer Betriebe, das sich im Untersuchungszeitraum dämpfend auf die Beschäftigungsentwicklung auswirkte, vergleichsweise gering ist.

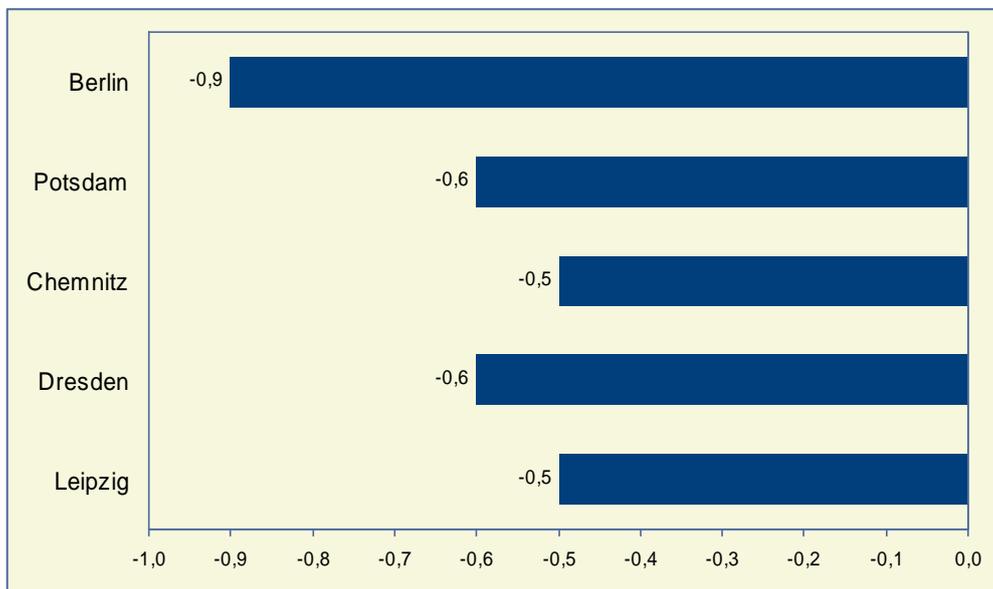
Abbildung 24: Betriebsgrößeneffekt im ostdeutschen Ländervergleich



Negativ fällt der Betriebsgrößeneffekt für alle vergleichbaren ostdeutschen Großstädte (Kreistyp 1) aus (s. Abbildung 25). Der Betriebsgrößeneffekt ist ebenso wie die Wirkung der Branchenstruktur durch systematische Stadt-Land-Gegensätze gekennzeichnet. Während Städte beim Brancheneffekt jedoch in der Regel gut abschneiden, wirkt der Betriebsgrößen-

effekt vorwiegend negativ auf das Wachstum in den Kernstädten, weil sie häufig Standort von Großbetrieben sind.

Abbildung 25: Betriebsgrößeneffekt im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)



4.5 Qualifikationseffekt

Nach der traditionellen Standorttheorie hängt die wirtschaftliche Entwicklung einer Region von dem vorhandenen Standortpotenzial ab (Maier/Tödting 2001). Die Qualifikation der Arbeitskräfte wird dabei als ein wichtiges Element des endogenen Potenzials – der ansässigen Ressourcen – einer Region angesehen. In der neueren Wachstumstheorie spielt die Akkumulation von Wissen, die mit wirtschaftlichen Aktivitäten verbunden ist, eine zentrale Rolle für das wirtschaftliche Aufholen der Regionen (Aghion/Howitt 1999). Innovationen können durch gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung erzeugt werden. Das Wissen kann in der Region von mehreren Akteuren gleichzeitig genutzt werden. Der Austausch von Wissen erhöht die regionale Wettbewerbsfähigkeit, was sich positiv auf das Einkommenswachstum und damit auf die Beschäftigung auswirkt. Zudem sind gut ausgebildete Arbeitskräfte für die Anwendung neuer Technologien und die damit verbundenen Wachstumsimpulse von Bedeutung.

Die Shift-Share-Regression ermittelt für Berlin einen Qualifikationseffekt von -0,9 Prozentpunkten. Dieses Ergebnis ist teilweise auf Sonderfaktoren zurückzuführen, die die Beschäftigungsentwicklung von Akademikern in den neuen Ländern im Untersuchungszeitraum betrafen. Hierin schlägt sich der starke Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst nieder, in dem in hohem Maße Akademiker beschäftigt waren. Dadurch übt die Variable „Hochqualifizierte“ wie im Übrigen auch die „ohne Abschluss“ einen negativen Einfluss auf das Beschäftigungswachstum aus, während die Schätzung für Westdeutschland zu dem erwarteten positiven Einfluss für Hochqualifizierte gelangt. Neben dem angesprochenen Sondereffekt könnte der negative Effekt der Hochqualifizierten aber auch auf Abwanderung wegen der erheblichen Lohndifferenzen zum Westen hindeuten (Hunt 2006). Aus diesen Gründen erhält eine Regi-

on in Ostdeutschland mit einem hohen Anteil Hochqualifizierter einen negativen Qualifikationseffekt. Der Anteil der hochqualifizierten Arbeitskräfte in der Bundeshauptstadt von rund 13 Prozent liegt über dem Durchschnitt der neuen Länder. Positiv auf die Beschäftigungsentwicklung wirken in Ostdeutschland hingegen Beschäftigte mit mittlerer Qualifikation (abgeschlossene Berufsausbildung). Dies erklärt die positiven Qualifikationseffekte in den anderen ostdeutschen Bundesländern (Abbildung 26), die über entsprechend hohe Anteile von beruflich Qualifizierten verfügen (vgl. Abbildung 28).

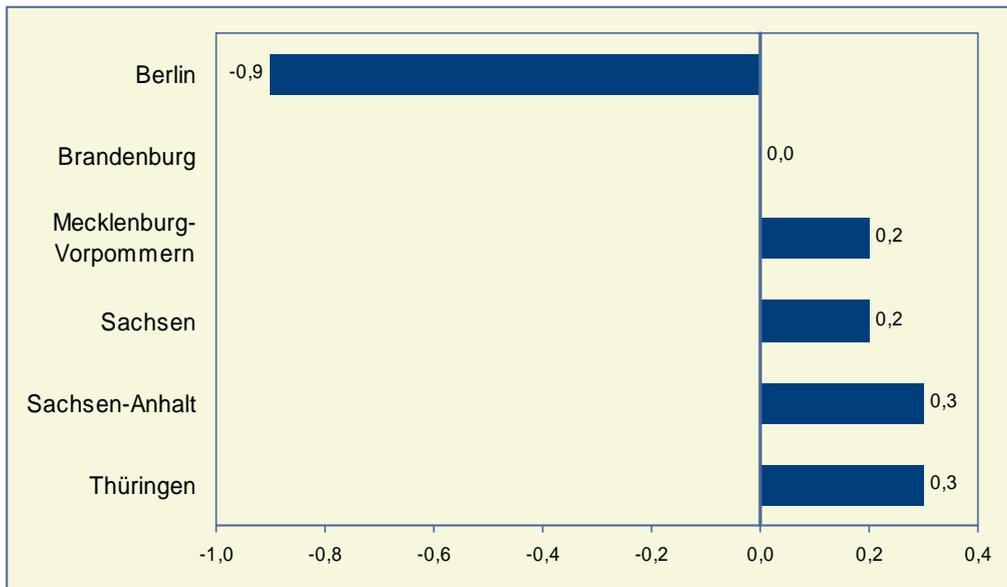
Das Schätzergebnis für die Qualifikation in Ostdeutschland ist zwar signifikant, aber auf den besonderen ostdeutschen Transformationsprozess zurückzuführen. Im Gegensatz dazu üben die Hochqualifizierten in Westdeutschland einen stark positiven Einfluss auf die Beschäftigung aus, und dieser Effekt ist zudem statistisch hochsignifikant.

Die hohe Qualifikation der Beschäftigten in Berlin gründet sich zum einen auf die überregionale Funktion der Stadt als Bildungsstandort. Zum anderen hat sich die Forschungsintensität der Industrie und die Akademisierung wirtschaftsnaher Dienstleistungen erhöht. Darüber hinaus ist Berlin Standort der Bundesregierung sowie zahlreicher Kammern, Verbände und Stiftungen mit hohen Akademikeranteilen. Mit vier Universitäten²⁰, sieben Fachhochschulen, drei Kunsthochschulen, sechzehn staatlich anerkannten privaten Hochschulen und über siebenzig außeruniversitären Forschungseinrichtungen²¹ ist Berlin ein zentraler Wissenschafts- und Bildungsstandort in Deutschland mit entsprechend hochqualifizierten Beschäftigten. Neben der Präsenz von Universitäten oder Forschungseinrichtungen in Kernstädten kann auch die Ansiedlung von forschungs- und wissensintensiven Unternehmen als Ursache für den hohen Anteil von Akademikern angeführt werden. Wissensintensive wirtschaftsbezogene Dienstleistungen sind vorwiegend in den Agglomerationszentren angesiedelt.

²⁰ Dazu zählen die Humboldt-Universität (HU), die Technische Universität (TU), die Freie Universität (FU) und die Universität der Künste (UdK).

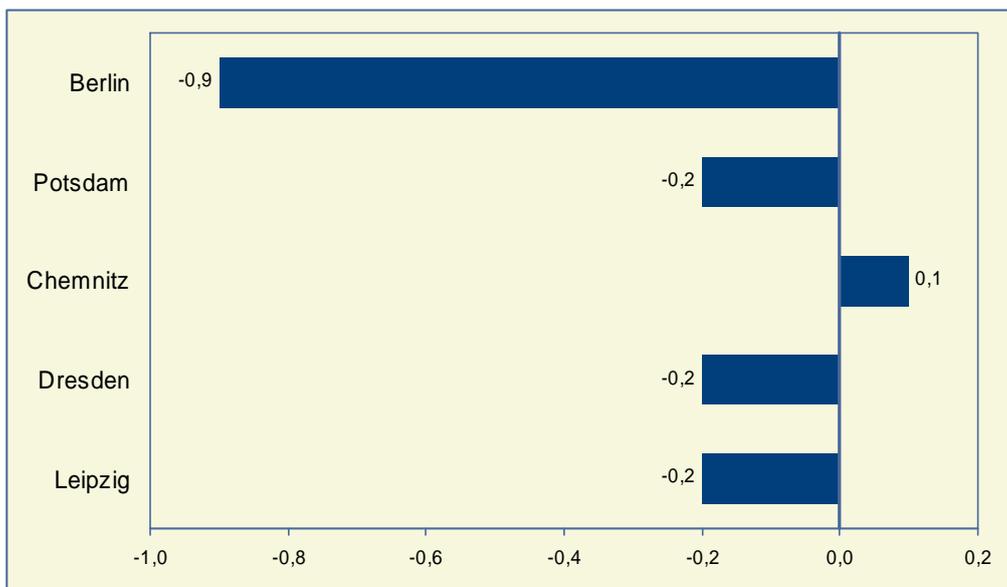
²¹ Darunter fünf Institute der Max-Planck-Gesellschaft, vier Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, sechzehn Institute der Leibniz-Wissenschaftsgesellschaft und zwei Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (Wissenschaftskommission 2007a).

Abbildung 26: Qualifikationseffekt im ostdeutschen Ländervergleich



Der negative Qualifikationseffekt erklärt sich insbesondere dadurch, dass in Berlin der Beschäftigungsabbau vor allem Branchen traf, die überdurchschnittlich viele Hochqualifizierte beschäftigt haben (öffentlicher Dienst, Erziehung und Unterricht). In Berlin wirkten sich die besonderen historischen Ausgangsbedingungen nach dem Mauerfall (Abbau von Doppelstrukturen durch Zusammenführung zweier Stadtteile) auch in der 2. Hälfte der 1990er Jahre noch belastend aus. Der Anfang der 1990er Jahre einsetzende verschärfte Strukturwandel führte daher auch im öffentlichen Bereich zu erheblichen Beschäftigungsrückgängen.

Abbildung 27: Qualifikationseffekt im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)



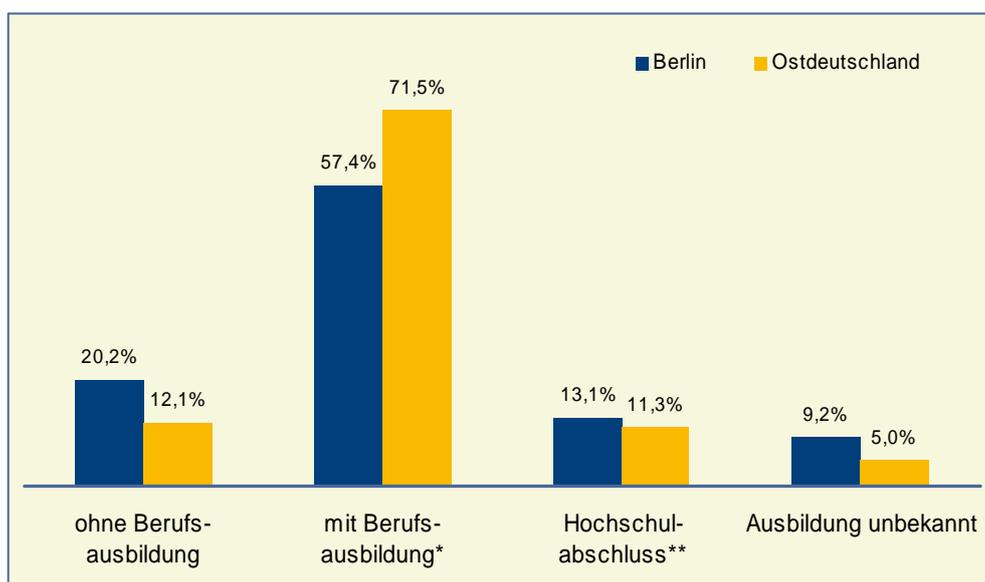
Für die Kernstädte in Ostdeutschland wurden mit Ausnahme von Chemnitz ebenfalls negative Qualifikationseffekte ermittelt (vgl. Abbildung 27). Dieses Ergebnis resultiert ebenso wie in

Berlin aus der überdurchschnittlichen Bedeutung des öffentlichen Dienstes und Schulwesens mit den beschriebenen besonderen Umständen.

Im Gegensatz zu Ostdeutschland weisen in Westdeutschland fast alle Kreistyp-1-Städte vorwiegend positive Qualifikationseffekte auf. Ausnahmen bilden nur Städte in strukturschwachen Regionen wie u. a. in Solingen, Hamm, Hagen und Bottrop.

Die Qualifikation der Beschäftigten unterscheidet sich in Berlin erheblich von der in Ostdeutschland insgesamt. Insbesondere Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind überrepräsentiert, während der Anteil der beruflich Qualifizierten deutlich niedriger ist. Überdurchschnittlich sind hingegen hochqualifizierte Beschäftigte (13,1 % Berlin zu 11,3 % Ost) vertreten.

Abbildung 28: Anteil der Beschäftigten nach Qualifikationsstufen im Land Berlin

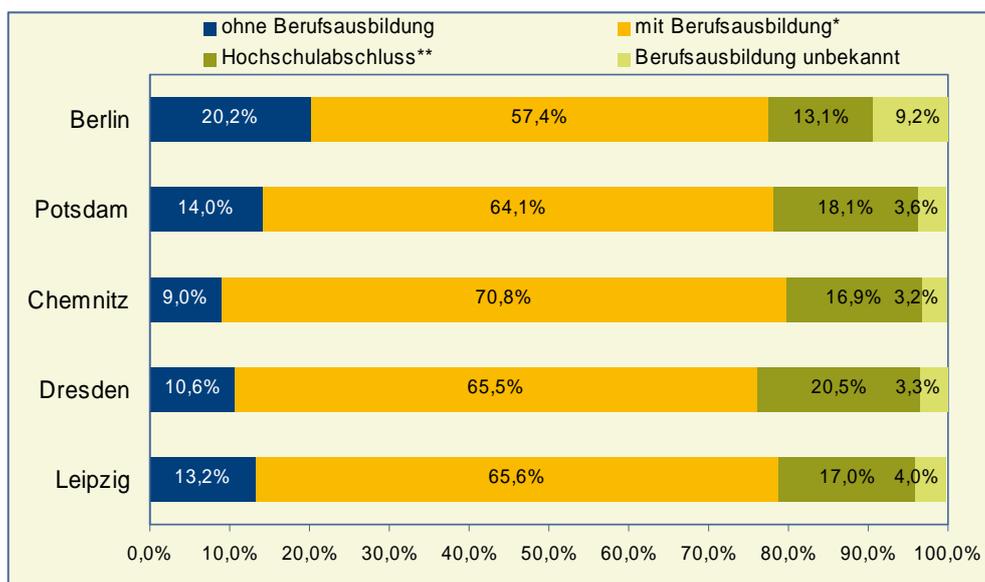


* Abgeschlossene Lehr- oder Anlernausbildung, Abschluss einer Berufsfach- oder Fachschule.

** Abschluss einer Fachhochschule oder Universität.

Ein Vergleich Berlins mit der Qualifikationsstruktur der anderen Kreistyp-1-Städte macht die polarisierte Bildungsstruktur noch deutlicher. Berlin verzeichnet mit Abstand den höchsten Anteil an Beschäftigten ohne Berufsausbildung, während der Anteil der Beschäftigten mit Berufsausbildung am geringsten ist. Darüber hinaus ist der Akademikeranteil im Städtevergleich am geringsten, vgl. Abbildung 29. Dieses Ergebnis hängt aber auch mit der Größe der Städte zusammen. Großstädte wie Hamburg (11,2 %) oder Köln (12,9 %) verzeichnen in der Regel geringere Akademikeranteile als „kleinere Universitätsstädte“ wie Bonn (16,7 %), Potsdam (18,1 %) oder Erlangen (24,5 %). Hier ist das Verhältnis von Akademikern zu allen Beschäftigten naturgemäß günstiger.

Abbildung 29: Anteil der Beschäftigten nach Qualifikationsstufen im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)



* Abgeschlossene Lehr- oder Anlernausbildung, Abschluss einer Berufsfach- oder Fachschule.

** Abschluss einer Fachhochschule oder Universität.

Der vergleichsweise hohe Anteil an un- und angelernten Beschäftigten lässt sich aus der spezifischen Branchenstruktur in Berlin ableiten. Anders als in anderen Großstädten sind in Berlin im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen überdurchschnittlich viele Betriebe, die einfache Dienstleistungen (z. B. Reinigungs- und Sicherheitsgewerbe) anbieten. Diese Betriebe bieten überdurchschnittlich viele Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte an.

Auch im Verarbeitenden Gewerbe zeigt sich ein überdurchschnittlicher Anteil an Arbeitskräften ohne abgeschlossene Berufsausbildung, gleichzeitig aber auch ein nennenswert höherer Anteil Hochqualifizierter als in Ostdeutschland. Hier wirkt noch zum einen das Erbe der spezifischen Industriestruktur in Westberlin bis 1989, als eine vergleichsweise wertschwache und kapitalintensive Fertigung die Industriestruktur prägte, mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Qualifikation der Beschäftigten: Ein sehr niedriger Facharbeiteranteil und entsprechend überproportional viele Geringqualifizierte prägten die Beschäftigtenstruktur (Reissert/Schmid 1999: 166 f.). Hierzu trug auch die Anwerbung von Arbeitskräften vor allem aus der Türkei bei, die einfache Tätigkeiten in der Industrie ausübten.²² Nach der Wende erlebte die Berliner Industrie einen grundlegenden Modernisierungsprozess mit hohen Beschäftigungsrückgängen. Aber auch 2005 zeigten sich in Berlin im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Kreistyp-1-Städten ein deutlich geringerer Anteil an Beschäftigten mit einer Berufsausbildung und ein hoher Anteil ungelernter Beschäftigter.

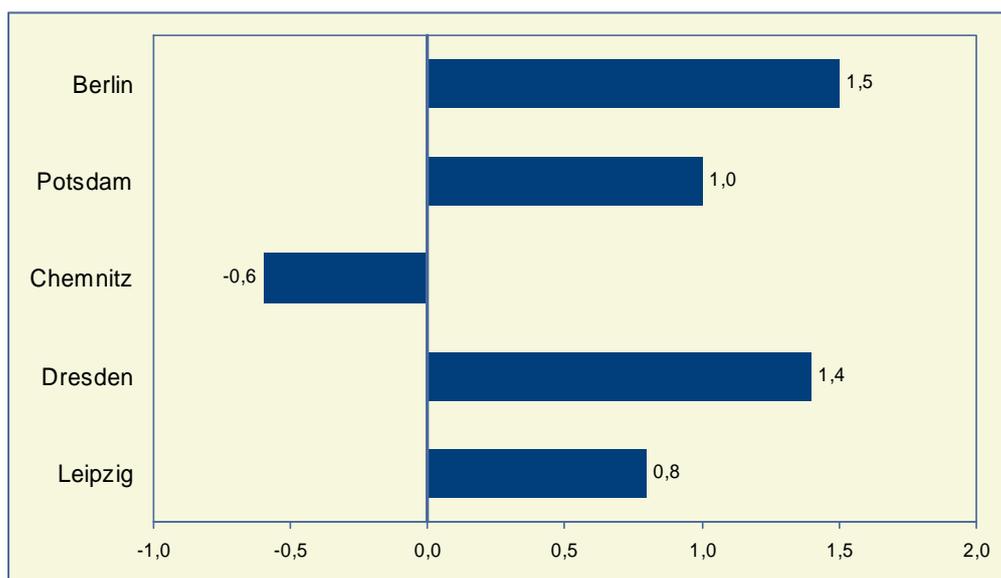
²² Auch heute noch verfügt die Hälfte der Ausländer mit oder ohne Migrationshintergrund in Berlin über keinen Berufsabschluss (Brenke 2008: 504).

4.6 Regionaler Standorteffekt

Das Schätzmodell weist für Berlin einen positiven Standorteffekt von 1,5 Prozentpunkten aus. Die Beschäftigung im Bundesland Berlin hat sich danach aufgrund von systematischen Einflüssen, die in diesem Modell aber nicht direkt gemessen werden konnten, um 1,5 Prozentpunkte besser entwickelt als der Durchschnitt der neuen Bundesländer. Im Vergleich der ostdeutschen Länder hat Berlin als einziges Bundesland einen positiven Standorteffekt. Die Effekte schwanken zwischen +1,5 (Berlin) und -0,7 (Mecklenburg-Vorpommern) Prozentpunkten. Für Sachsen (-0,3 Prozentpunkte) und Brandenburg (-0,2 Prozentpunkte) wurden leicht negative Standorteffekte ermittelt. Etwas deutlicher fällt die negative Wirkung in Sachsen-Anhalt (-0,4 Prozentpunkte) und Thüringen (-0,4 Prozentpunkte) aus.

Das positive Standortergebnis für Berlin ergibt sich aber nicht primär aus der Stellung der Stadt im nationalen und internationalen Wettbewerb, sondern aus der Strukturschwäche der ostdeutschen Wirtschaft. Die für den Westen charakteristische Suburbanisierung zeigt sich im Osten nur eingeschränkt. Es sind eher die wenigen ostdeutschen Agglomerationsräume wie Leipzig und Dresden, die günstige Standortbedingungen besitzen. Ein Vergleich mit dem anderen Kreistyp 1 zeigt, dass mit Ausnahme von Chemnitz alle Vergleichsstädte einen positiven Standortfaktor zu verzeichnen haben (vgl. Abbildung 30).

Abbildung 30: Standorteffekte im ostdeutschen Städtevergleich (Kreistyp 1)



Mögliche Einflussfaktoren, die sich in den Standorteffekten niederschlagen können, sind beispielsweise die Marktnähe, die Verkehrsinfrastrukturausstattung, die großräumige Erreichbarkeit des Standortes, die vorhandene Forschungs-, Entwicklungs- und Hochschullandschaft sowie Lebensqualität/Kulturanangebot. Der positive Standorteffekt Berlins dürfte vor allem mit der Dominanz der Metropole Berlin im Vergleich zu Ostdeutschland zusammenhängen. Die zentrale Rolle als Arbeitsmarktzentrum in Ostdeutschland spiegelt sich in den intensiven Pendlerverflechtungen zwischen Berlin und den anderen ostdeutschen Bundesländern wider. Mehr als 196.000 Menschen pendelten 2008 zwischen ihrem Arbeitsplatz in Berlin und ihrem Wohnort in Brandenburg, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen oder

Sachsen-Anhalt. Zwar hat die Stadt einen erheblichen Beschäftigungsrückgang insbesondere in der Industrie erlebt. Aber im Untersuchungszeitraum hat sich die Entwicklung stabilisiert und im Vergleich zu Ostdeutschland war sie deutlich besser. Mit einer Einwohnerzahl von nahezu 3,4 Millionen und einer Sogwirkung durch die Hauptstadt- und überregionale Dienstleistungsfunktion bildet Berlin das dominante wirtschaftliche Zentrum in Ostdeutschland. Aufgrund der Größe der Stadt ist Berlin für viele Unternehmen ein wichtiger Absatzmarkt. Diese Agglomerationsvorteile sind nach der Standorttheorie aus der Sicht der Firmen entsprechende Lokalisations- und Standortvorteile. Sie entstehen durch die Konzentration von Firmen derselben Branche, durch die Nutzung eines gemeinsamen Pools an qualifizierten Fachkräften, spezialisierten Zulieferern und der Infrastruktur. Die regionale Konzentration von Beschäftigten und Betrieben ist nach einer Studie des DIW für bestimmte Branchen typisch, wie z. B. in der IT- und Medienwirtschaft.²³ Danach bevorzugen Betriebe der IT- und Medienwirtschaft „urbane Agglomerationsräume“, die das von diesen Branchen benötigte soziokulturelle Umfeld und die technische Infrastruktur bieten. Danach wird Wachstum als brancheninterner Prozess betrachtet, der durch „Wissens-Spillover“ entsteht. Die Unternehmen profitieren von der Nähe zu Firmen anderer Branchen. Diese Urbanisierungsvorteile beruhen auf der großen Angebotsdichte in einer Stadt mit entsprechendem Marktpotential, Kapital, Wissen und niedrigen Transaktions- und Dienstleistungskosten. Diese Vorteile lassen sich in Berlin vor allem in der IT-, Medien- und Werbewirtschaft nachweisen. Berlin verfügt über eine Reihe weicher und harter Standortfaktoren für „kreative Industrien“. Die Stadt übt eine große Anziehungskraft auf junge und kreative Menschen aus, auf die insbesondere die Werbewirtschaft angewiesen ist (Thiel 2005). Nach einer DIW-Analyse arbeitet in Berlin fast jeder zehnte Erwerbstätige in der Kreativwirtschaft²⁴ (Geppert/Mundelius 2007). Maßgeblich ist danach nicht nur das überdurchschnittliche Wachstum dieser Branche, sondern auch die Erwartung, dass von ihr positive Impulse auf die übrigen Branchen ausgehen. Günstige Mieten und Lebenshaltungskosten im Vergleich zu anderen Großstädten Deutschlands erleichtern es den Unternehmen, nicht etablierte Geschäftsfelder zu besetzen.

Auch nach einer Studie des Instituts für Regionalforschung und Strukturplanung über den räumlichen Strukturwandel weisen Metropolregionen besonders günstige Bedingungen für die Wissenswirtschaft auf. Insbesondere die in Metropolregionen verbundenen Kommunikations- und Verkehrsinfrastrukturen sowie das Image einer Region werden als wichtige Standortfaktoren gewertet (Kujath 2004).

Der wesentliche Standortfaktor Berlins ist die hohe Dichte an wissenschaftlichen Einrichtungen (siehe Abschnitt 4.5). Allerdings wurde das Berliner Wissenschaftssystem lange Zeit kaum im Hinblick auf wirtschaftlich nutzbare Anwendungen hin untersucht. Eine systematische Gesamtdarstellung, Einordnung und Bewertung der wissenschaftlichen Aktivitäten, insbesondere in der Grundlagenforschung leistete die Berliner Wissenschaftskommission, die den Bezug der wissenschaftlichen Infrastruktur zu den wirtschaftspolitischen Schwerpunkten „Life-Sciences“ (Medizin, Gesundheitsforschung und -wirtschaft), „Logistik und Verkehr“ und „IT, Kommunikations-, Medien- und Kulturwirtschaft“ herstellte (Wissenschaftskommission

²³ Frank u. a. (2004).

²⁴ Vor allem Film, Radio, TV, Werbung, Printmedien/Verlage, Software/Telekommunikation, Kunst u. Musik.

2007b). Zudem wurde angesichts des deutschlandweit herausragenden technologischen Potenzials der Bereich „Optische Wissenschaften und Mikrosystemtechnik“ in die Betrachtung einbezogen. 2007 legte die Kommission ihre Empfehlungen vor, die vor allem technisch-wissenschaftlich orientiert sind. Zum einen werden strategische Orientierungen in einzelnen „Exzellenzclustern“ im internationalen Maßstab angemahnt, zum anderen wird auf Defizite z. B. in Bündelung von Kompetenzen und Lücken in Wertschöpfungsketten in der Gesundheitswirtschaft hingewiesen.

Der Wissenstransfer von Forschungseinrichtungen in Unternehmen ist zentrales Element des Wissenschaftsstandorts Berlin-Adlershof. Rund 400 Unternehmen mit 6.000 Mitarbeitern und 12 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen entwickeln, forschen und produzieren auf den Feldern Informations- und Medientechnologie, Photonik und Optische Technologien, Material- und Mikrosystemtechnologie sowie Umwelt-, Bio- und Energietechnologie (WISTA 2005). Die Bruttowertschöpfung hat sich an diesem Standort von 1998 bis 2006 um das 3,5-fache erhöht (Handrich u. a. 2008).

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Diese Untersuchung zur Arbeitsmarktsituation Berlins gliedert sich in zwei Teile. Zum einen wird die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt deskriptiv untersucht. Hieraus lassen sich insbesondere im Vergleich zu den westdeutschen Metropolregionen Entwicklungsrückstände der Bundeshauptstadt bei wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung feststellen, die für eine Bewertung der wirtschaftlichen Perspektiven Berlins zu berücksichtigen sind. Die Folgen sind hohe Arbeitslosigkeit und erhebliche Sozialtransfers. Zum anderen wird die Beschäftigungsentwicklung in Berlin mit einem ökonometrischen Analysemodell im Vergleich zu Ostdeutschland analysiert. Mittels einer Shift-Share-Regression können die Wirkungen der Branchenstruktur, der Qualifikation und der Betriebsgrößenstruktur als erklärende Variable berechnet werden. Neben diesen allgemeinen Bestimmungsgründen werden systematisch wirkende Standorteinflüsse bestimmt. Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse für Berlin und die weiteren ostdeutschen Bundesländer.

Tabelle 4: Übersicht der Effekte für die Bundesländer Ostdeutschlands

	SVB-Entwicklung	Standorteffekt - Ostdeutschland	Brancheneffekt	Qualifikationseffekt	Betriebsgrößeneffekt
Berlin	-2,5	1,5	0,8	-0,9	-0,9
Brandenburg	-3,2	-0,2	-0,4	0,0	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	-3,2	-0,7	-0,3	0,2	0,4
Sachsen	-2,9	-0,3	-0,1	0,2	0,2
Sachsen-Anhalt	-3,3	-0,4	-0,3	0,3	0,0
Thüringen	-2,6	-0,4	0,0	0,3	0,4

Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass in Berlin zwei (der Brancheneffekt und der Standorteffekt) der vier Erklärungsgrößen die Beschäftigungsentwicklung begünstigen, während die Betriebsgröße negativ wirkt. Der Qualifikationseffekt ist aufgrund besonderer ostdeutscher Konstellationen im Transformationsprozess für Berlin negativ und nicht primär auf ökonomische Ursachen zurückzuführen.

Der Brancheneffekt trägt in Berlin zu einer um 0,8 Prozentpunkte besseren Beschäftigungsentwicklung als in Ostdeutschland bei. Die Branchenzusammensetzung wirkt wegen eines starken Gewichts in Berlin von denjenigen Wirtschaftszweigen positiv, die sich im ostdeutschen Referenzraum besser entwickelt haben als der Durchschnitt aller Branchen. Dazu gehören vor allem die wissensintensiven Dienstleistungen und im Verarbeitende Gewerbe die Elektro- bzw. Medizintechnik. Auf der anderen Seite sind in Berlin relativ wenige Branchen mit starken Beschäftigungsverlusten in Ostdeutschland vertreten.

Der regionale Standorteffekt liegt bei 1,5 Prozentpunkten. Der stärkste Impuls auf die Beschäftigungsentwicklung geht somit von den besonderen Standortbedingungen in der Bundeshauptstadt im ostdeutschen Vergleich aus. Verantwortlich für dieses Ergebnis dürften vor allem die Agglomerationsvorteile der Metropole sein. Im Gegensatz zu den westdeutschen Befunden üben städtische Strukturen Vorteile auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Infrage kommen die Hauptstadtfunktion, der Wissenschaftsstandort, die Infrastruktur und weitere weiche Standortfaktoren, die positiv im Vergleich zum ostdeutschen Referenzraum wirken.

Negativ wirkt in der Stadt der Betriebsgrößeneffekt mit -0,9 Prozentpunkten, der sich aus überdurchschnittlich vielen Großbetrieben ergibt. Dies ist zum großen Teil auf die Konzentration von Dienstleistungsunternehmen im Bereich der Sozialversicherungen, Verwaltungs-, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und Berlin als Regierungssitz zurückzuführen. Zudem trägt die Größe des lokalen Arbeitsmarktes zu höheren Betriebsgrößen bei.

Der negative Qualifikationseffekt, der ebenfalls bei -0,9 Prozentpunkten liegt, beruht darauf, dass insbesondere Branchen mit einem hohen Akademikeranteil Beschäftigung abgebaut haben. Dieses Analyseergebnis widerspricht den Befunden des Analysemodells für Westdeutschland und ist somit ein ostdeutscher Sondereffekt, den die besondere Situation Berlins noch verstärkt. Der öffentliche Dienst und der Bereich Erziehung und Unterricht, in denen viele Hochqualifizierte beschäftigt waren, hat in Ostdeutschland im Untersuchungszeitraum erheblich Beschäftigung verloren. In Berlin war der Anpassungsprozess noch stärker, da in diesen Beschäftigungssegmenten Doppelstrukturen in beiden Stadthälften abgebaut wurden.

Trotz der günstigen Beschäftigungsentwicklung im ostdeutschen Vergleich ist die Bedeutung der unternehmensnahen Dienstleistungen in Berlin im Metropolenvergleich (s. Abschnitt 3.3) gering. Zudem hat sich die Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs seit 2000 nur sehr verhalten entwickelt. Dies ist auf eine geringe Bedeutung höherwertiger Dienstleistungen zurückzuführen, die vor allem von einer starken Industriebasis vor Ort abhängig ist.

Die Berliner Industrie ist seit der Wiedervereinigung bis heute grundlegend umgestaltet worden. Der Abbau von wenig wissensintensiver Produktion bedeutete starke Verluste an industrieller Wertschöpfung, die von den kleineren technologieorientierten Betrieben nicht ausge-

glichen werden konnten. Neben dem sinkenden Industrieanteil am BIP in Berlin wirkt sich das Fehlen industrieller Großunternehmen mit entsprechenden Headquarterfunktionen aus. Diese fragen höherwertige Dienstleistungen nach, insbesondere Forschung und Entwicklung, Marketing, Unternehmensberatungen und Datenverarbeitung.

Während der schwierige Strukturwandel der Industrie für die geringe Nachfrage nach höherwertigen Dienstleistungen in Berlin verantwortlich war, erlebten die westdeutschen Großstädte, die über wesentlich bessere ökonomische Voraussetzungen verfügten als die Bundeshauptstadt, eine von den unternehmensnahen Dienstleistungen getragene Renaissance. Höherwertige Dienstleistungsarbeitsplätze expandierten in westdeutschen Großstädten²⁵ stärker als in Berlin. Zudem konnten die traditionell führenden Städte wie Frankfurt/Main und München nochmals deutlich zulegen.

Ein weiterer Trend von Großstädten liegt in der zunehmenden Bedeutung überregionaler Dienstleistungen. So zeigt eine Studie von Geppert und Gornig (2003), dass die Beschäftigungsdynamik in westdeutschen Großstädten zwischen 1998 und 2002 von Finanz- und Beratungsdiensten, Medien und Tourismus getragen wird. Auch Berlin konnte hiervon profitieren, aber in den wertschöpfungsstarken Bereichen wie Finanzen, technische Beratung sowie Rechts- und Wirtschaftsberatung hatte sich die relative Position der Hauptstadt in diesem Untersuchungszeitraum kaum verbessert. Die Autoren schließen daraus, dass etablierte Kompetenzfelder einer Wirtschaftsregion nicht einfach von einer anderen „kopiert“ werden können, sondern überregionale Dienstleistungen, die räumlich nicht so stark festgelegt sind, entwickelt werden sollten. Im Bereich der Unternehmensberatungen, deren Beschäftigtenzahl in Berlin zwischen 2000 und 2008 um 30 Prozent wuchs, hat sich Berlin jedoch als überregionaler Dienstleister etablieren können. Dabei dürfte vor allem die Hauptstadtfunktion für den Zuzug von großen Beratungsfirmen verantwortlich sein.

In der Beschäftigungsanalyse wurde ein positiver Standorteffekt als wesentlicher Vorteil der Berliner Wirtschaft ermittelt. Auch wenn sich hinter dieser Größe zahlreiche Faktoren verbergen, dürfte die Forschungsinfrastruktur eine wesentliche Rolle spielen. Sie bietet Anknüpfungspunkte für wirtschaftspolitische Strategien, die Wissenschaft, Forschung und Unternehmen vernetzen.

Nachdem noch bis weit in die 1990er Jahre hinein allein die Dienstleistungen beschäftigungspolitischer Hoffnungsträger für Berlin waren, wuchs die Erkenntnis, dass eine wirtschaftliche Gesundung nicht ohne industrielle Basis auskommt. Die beiden Länder Berlin und Brandenburg haben 2004 gemeinsam Technologie- und Innovationsbereiche bestimmt, die an der wissenschaftlich-technischen Forschungsinfrastruktur der Region ansetzen. Die gezielte Förderung solcher Kompetenzfelder, in denen Synergien die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, wird als besonders günstig für wirtschaftliches Wachstum in der Zukunft angesehen. Für die Region Berlin-Brandenburg werden vor allem die Biotechnologie, Medizin-

²⁵ Hamburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, München, Bremen, Dortmund, Essen und Duisburg (Brenke u. a. 2002 und Geppert/Gornig 2003).

technik, Informations- und Kommunikationstechnologien/Medien, Verkehrssystemtechnik und optische Technologien als Wachstumsträger angesehen.²⁶

Insgesamt schlagen sich die zahlreichen Forschungseinrichtungen und hohen öffentlichen Forschungsausgaben in der Bundeshauptstadt allerdings noch wenig in Wertschöpfung am Markt nieder. Zwar attestiert ein europäisches Innovationsranking Berlin 2008 einen zweiten Tabellenplatz nach Baden-Württemberg (Egetemeyr 2009). Ausschlaggebend hierfür sind vor allem die hohen öffentlich finanzierten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt. Zurück fällt das Berliner Innovationssystem dagegen bei den Erwerbstätigen in FuE-intensiven Industriezweigen sowie bei der Patentdichte.

Die Kluft zwischen dem wissenschaftlichen Innovationspotenzial Berlins und der Wirkung auf das Wirtschaftswachstum ist sowohl auf die geringe Größe des industriellen Sektors und fehlender industrieller Großunternehmen als auch auf das immer noch bestehende Defizit an forschungsintensiven Industriezweigen zurückzuführen. Die Innovationsstrategie benötigt angesichts des Mangels an großen industriellen Investoren in der Hauptstadt noch erheblich an Zeit, bis sich durchgreifende Erfolge in Wirtschaftsleistung und Beschäftigung zeigen werden.

²⁶ 2006 lag in Berlin der Anteil der Beschäftigten in den Branchenkompetenzfeldern an der Gesamtbeschäftigung bei 13,5 Prozent (138.343 Personen). Von den definierten Clustern sind in Berlin vor allem die Branchen Medien/IKT (6,2 % bzw. 63.363) und Biotechnologie (2,2 % bzw. 22.578) beschäftigungsrelevant. Die Beschäftigung ist in diesen Branchen zwischen 1998 und 2006 kontinuierlich gewachsen (Bogai/Wiethölter 2007).

Anhang

Tabelle A 1: VALA-Aggregationsschema der Branchen nach NACE

Nr.	Bezeichnung	NACE-Klassen
1	Landwirtschaft & Fischerei	AA, BA
2	Bergbau, Mineralöl & Kohle, Energie	CA, BC, DF, EA
3	Nahrung & Genussmittel	DA
4	Textil & Leder	DB, DC
5	Holz	DD
6	Papier, Verlagswesen	DE
7	Chemie und Kunststoffe	DG, DH
8	Glas, Keramik, Bauerden	DI
9	Metallerzeugung und -bearbeitung	DJ
10	Maschinenbau	DK
11	Elektrotechnik	DL
12	Fahrzeugbau	DM
13	sonstiges Verarb. Gew., inkl. Recycling	DN
14	Baugewerbe	FA
15	Handel & Reparatur	GA
16	Gastgewerbe	HA
17	Verkehr & Nachrichtenübermittlung	IA
18	Finanzgewerbe	JA
19*	einfache unternehmensbezogene DL	KA1
20*	wissensintensive unternehmensbezogene DL	KA2
21*	Zeitarbeit	KA3
22	Sozialversicherung, Öffentliche Verwaltung, Exterritoriales	LA, QA
23	Erziehung & Unterricht	MA
24	Gesundheits- & Sozialwesen	NA
25	sonstige Dienstleistungen	OA
26	Private Haushalte	PA

* Siehe Definitionen in Tabelle A 2.

Kennziffern und Bezeichnungen aus den Klassifikationen der Wirtschaftszweige WZ 1993 und WZ 2003; Gruppierungen basieren auf eigene Überlegungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 1993 und 2003.

Tabelle A 2: Definition unternehmensnahe Dienstleistungen*

Einfache unternehmensnahe Dienstleistungen (KA1)	
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
746	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien
747	Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
7481	Fotografisches Gewerbe und fotografische Laboratorien
7482	Abfüll- und Verpackungsgewerbe
74831	Schreibbüros (WZ 1993)
74853	Sekretariats- und Schreibdienste; Copy-Shops (WZ 2003)
7486	Call Centers (WZ 2003)
Wissensintensive unternehmensnahe Dienstleistungen (KA2)	
72	Datenverarbeitung und Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
741	Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung, Markt- und Meinungsforschung, Management von Holdinggesellschaften
742	Architektur- und Ingenieurbüros
743	Technische, physikalische und chemische Untersuchung
744	Werbung
74832	Übersetzungsbüros und Dolmetscher (WZ 1993)
7484	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (WZ 1993)
74851	Freiberufliche Dolmetscher (WZ 2003)
74852	Übersetzungsbüros (WZ 2003)
7487	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen, anderweitig nicht genannt (WZ 2003)
Zeitarbeit (KA3)	
745	Personal- und Stellenvermittlung, Überlassung von Arbeitskräften

* Laut WZ 1993 und WZ 2003: Abschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt. Kennziffern und Bezeichnungen aus den Klassifikationen der Wirtschaftszweige WZ 1993 und WZ 2003.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1993, 2003).

Literatur

- Aghion, P.; Howitt, P. (1999): *Endogenous Growth Theory*. Cambridge, London.
- Amend, E.; Bogai, D. (2005): Was hat das eine Land, was das andere nicht hat. IAB-Kurzbericht 25/2005, Nürnberg.
- Amend, E.; Otto, A. (2006): Die Determinanten der Beschäftigungsentwicklung im VALA-Modell. In: *Sozialer Fortschritt*, Jg. 55., H. 11/12.
- Appelbaum, E.; Schettkat, R. (1993): Employment Developments in Industrialized Economies: Explaining Common and Diverging Trends. In: Discussion Paper FS I 93-313, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin.
- Appelbaum, E.; Schettkat, R. (1999): Are prices unimportant? The changing structure of the industrialized economies. In: *Journal of Post Keynesian Economics*, Jg. 21, S. 387–398.
- Bade, J. (2003): *Die regionale Entwicklung der Erwerbstätigkeit bis 2010*, Dortmund.
- Baumgartner, H. J.; Seidel, B. (2001): *Berliner Ausgaben für Wissenschaft und Forschung – Impulse für die Stadt*. DIW-Wochenbericht 39/2001, Berlin.
- Birkholz, K.; Engel B. (2007): Großflächiger Einzelhandel in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. In: *Zeitschrift für Angewandte Geographie*, Jg. 31, S. 12–19.
- Blien, U. (Hrsg.) (2003): *Die Entwicklung der ostdeutschen Regionen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Nr. 267, Nürnberg.
- Bogai, D. (1996): Werkstatt der deutschen Einheit? Wirtschaft und Arbeitsmarkt in der Region Berlin Berlin-Brandenburg, Diskussionsbeitrag Nr. 18, Europäisches Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Potsdam.
- Bogai, D. (2006): Sonderfall Berlin – Anhaltende Wettbewerbsprobleme mit einzelnen Lichtblicken. In: *Sozialer Fortschritt*, Jg. 55., H. 11/12.
- Bogai, D.; Hirschenauer, F. (2006): Erwerbstätigkeit im Lebenslauf. In: Faßmann, H.; Klagge, B.; Meusburger, P. (Hrsg.) (2006): *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 7: Arbeit und Lebensstandard*, Spektrum Akademischer Verlag u. a., Heidelberg u. a., S. 30–33.
- Bogai, D.; Wesling, M. (2009): *Zeitarbeit in Berlin-Brandenburg*. IAB-Regional Berlin-Brandenburg 03/2009, Nürnberg, im Erscheinen.
- Bogai, D.; Wiethölter, D. (2005): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. *Länderbericht Brandenburg*, IAB-Regional Berlin-Brandenburg 01/2005, Nürnberg.
- Bogai, D.; Wiethölter, D. (2007): Pendler in Berlin und Brandenburg. *Arbeitskräftemobilität in den gemeinsamen Branchenkompetenzfeldern*, IAB-Regional Berlin-Brandenburg 02/2007, Nürnberg.
- Brenke, K.; Geppert, K.; Hopf, R.; Pfeiffer, I.; Spieß, C. K.; Vesper, D.; Wagner, G. G. (2002): *Bausteine für die Zukunft Berlins*. DIW-Wochenbericht 10/2002, Berlin.
- Brenke, K. (2008): *Migranten in Berlin: Schlechte Jobchancen, geringe Einkommen, hohe Transferabhängigkeit*. DIW-Wochenbericht 35/2008, Berlin.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2009): *Laufende Raumb Beobachtung - Raumabgrenzungen. Siedlungsstrukturelle Kreistypen 2008*, Bonn. URL: [<http://www.raumb Beobachtung.de/>], Stand: 26. Mai 2009 (Raumb Beobachtung – Werkzeuge – Raumabgrenzung – Siedlungsstrukturelle Kreistypen).

Callies, C. (1996): Berlin auf dem Weg zur Global City. Zur zukünftigen Raumfunktion Deutschlands größter Stadt, Beiträge zur Stadt- und Regionalplanung, Heft 2, Bayreuth.

Christiansen, U. (1993): Geopolitische und raumstrukturelle Veränderungen in Europa durch die Metropole Berlin aus der Sicht eines Nachbarlandes. Raumforschung und Raumordnung, Jg. 51., S. 77–81.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin (Hrsg.) (2000): Die Berlin-Studie: Strategien für die Stadt, Berlin.

Egetemeyr, C. (2009): Innovationsindex 2008: Baden-Württemberg hat die höchste Innovationsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 1/2009, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, S. 14–22.

Einem, E. von (1993): Die Illusionen der Berlin-Brandenburgischen Landesplanung (on the illusions of Berlin-Brandenburg's regional planning). In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), Raumforschung und Raumordnung, S. 90–101.

Fischer, J.; Pohl, R.; Semlinger, K. (2004): Berlins Industrie nach der Wiedervereinigung. Was bringt die neue Gründerzeit? Regioverlag, Berlin.

Frank, B.; Geppert, K.; Vesper, D. (2002): Kultur als Wirtschaftsfaktor in Berlin, Berlin.

Frank, B.; Mundelius, M.; Naumann, M. (2004): Eine neue Geographie der IT- und Medienwirtschaft. DIW-Wochenbericht 30/2004, Berlin.

Gaulke, K.-P. (1994): Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin. DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 152, Berlin.

Geppert, K.; Gornig, M. (2003): Die Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins. DIW-Wochenbericht 26/2003, Berlin.

Geppert, K.; Mundelius, M. (2007): Berlin als Standort der Kreativwirtschaft immer bedeutender. DIW-Wochenbericht 31/2007, Berlin.

Goryanoff, S. (2005): Berliner Wirtschaft im Abseits: Ohne Industrie keine Dienstleistung, Gutachten im Auftrag des DGB Berlin-Brandenburg und der IG Metall, Berlin.

Handrich, L.; Pavel, F.; Proske, S. (2008): Standort Berlin-Adlershof: Kräftige Impulse für die Stadt. DIW-Wochenbericht 04/2008, Berlin.

Handrich, L.; Pavel, F.; Proske, S. (2008): Gesundheitsstandort Berlin-Buch: Impulse für den Strukturwandel in der Stadt. DIW-Wochenbericht 26/2008, Berlin.

Hell, S.; Schanne, N. (2008): VALA reloaded. Manuskript, Nürnberg.

Henke, K.-D.; Mackenthun, B.; Schreyögg, J. (2002): Gesundheitsmarkt Berlin – Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung, Baden-Baden.

HVB Expertise, Logistik (2001): Immobilienmarktanalyse. Berlin, München.

Hesse, M. (2004): Stadtregionen und die Politik der Drehscheibe. IRS/Institut für Regionalforschung und Strukturplanung, Erkner.

Hunt, J. (2006): Staunching Emigration from East Germany: Age and the Determinants of Migration. In: Journal of the European Economic Association, Jg. 4, H. 5, S. 1014–1037.

IHK Industrie- und Handelskammer zu Berlin (Hrsg.) (1995): Entwicklungsstrategien für Industriestandorte in der Region Berlin-Brandenburg, Berlin.

IHK Industrie- und Handelskammer zu Berlin; HWK Handwerkskammer zu Berlin (Hrsg.) (2008): Berliner Wirtschaft in Zahlen 2008. Möller Druck und Verlag GmbH, Berlin.

Infas-Sozialforschung (1997): Regierungshauptstadt Berlin und regionaler Arbeitsmarkt, Studie im Auftrag des Landesarbeitsamts Berlin Brandenburg, Bonn.

Ludsteck, J. (2006): VALA – das ökonometrische Modell. In: Sozialer Fortschritt, Jg. 55., H. 11/12.

Kahlenborn, W. (1995): Berlin-Zukunft aus eigener Kraft: Ein Leitbild für den Wirtschaftsstandort Berlin. FAB, Berlin.

Krätke, S.; Borst, R. (2000): Berlin – Metropole zwischen Boom und Krise, Berlin.

Kujath, H. J. (2004): Räumlicher Strukturwandel in deutschen Metropolregionen. In: Wüstenrot Stiftung (Hrsg.) (2004): Räumlicher Strukturwandel im Zeitalter des Internets. Neue Herausforderungen für Raumordnung und Stadtentwicklung, Wiesbaden.

Legler, H.; Frietsch, R. (2007): Neuabgrenzung der Wissenswirtschaft – forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen. Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 22-2007, Hannover.

Maier, G.; Tödtling, F. (2001): Regional- und Stadtökonomik. Standorttheorie und Raumstruktur, Wien, New York.

Möller, J.; Tassinopoulos, A. (2000): Zunehmende Spezialisierung oder Strukturkonvergenz? Eine Analyse der sektoralen Beschäftigungsentwicklung auf regionaler Ebene. In: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, 20 Jg., S. 1–38.

Momper, W.; Kromphardt, J.; Dybe, G.; Steinke, R. (Hrsg.) (1999): Berlins Zweite Zukunft. Aufbruch ins 21. Jahrhundert, edition sigma, Berlin.

Mundelius, M.; Hertsch, W. (2005): Berlin – Da steckt Musike drin. DIW-Wochenbericht Nr. 14/2005, Berlin.

Oschmiansky, H.; Schmid, G. (2007): Wandel der Erwerbsformen. Berlin und die Bundesrepublik im Vergleich, WZB Discussion Paper SP I 2007 – 104.

Patterson, M. G. (1991): A Note on the Formulation of the Full-Analogue Regression Model of the Shift-Share Method. In: Journal of Regional Science, Jg. 31, S. 211–216.

Pfeiffer, I.; Ring, P. (2002): Modernisierung der Industrie stärkt Wirtschaftsstandort Berlin. DIW-Wochenbericht 36/2002, Berlin.

Piore, M. J.; Sabel, C. F. (1985): Das Ende der Massenproduktion, Berlin.

Prognos (1997): Wirtschaftsregion Berlin und Brandenburg – Daten, Analysen und Prognosen, Berlin.

Prognos (2003): Bedeutung der Hauptstadtfunktion für die regionale Wirtschaftsentwicklung in Berlin. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, Berlin.

Reissert, B.; Schmid, G. (1999): Berlin – Modellstadt der Arbeitsmarktpolitik. In: Momper, W. et al. (Hrsg.; 1999): Berlins Zweite Zukunft, Berlin, S. 157–188.

Rosenfeld, M. T.W.; Franz, P.; Heimpold, G.; Kronthaler, F.; Kawka, R.; Günther, J. (2004): Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Halle.

Schmid G.; Spee, C. (1995): Beschäftigungsdynamik in Ballungsregionen. Entwicklung und Struktur der Beschäftigung des Berliner Arbeitsmarktes im Ballungsraumvergleich 1977–94, WZB-Diskussionspapier FS I 95 – 208.

Schmid, G.; Dathe, D. (2001): Urbane Beschäftigungsdynamik. Berlin im Standortvergleich mit Ballungsregionen, Berlin.

Schuldt, K. (2008): Ausmaß und Struktur prekärer Beschäftigung in Berlin, Berlin.

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Berlin (2004): Medien- und IT-Wirtschaft in Berlin, Berlin.

Statistisches Bundesamt (1993): Klassifikation der Wirtschaftszweige. Ausgabe 1993 (WZ 93), Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2003): Klassifikation der Wirtschaftszweige. Ausgabe 1993 (WZ 2003), Wiesbaden.

Stürmer, M. (1987): Berlin als Hauptstadt des Reiches, Industriemetropole und Finanzplatz. In: Industrie- und Handelskammer zu Berlin (Hrsg.) (1987): Berlin und seine Wirtschaft, S. 79–94, Berlin.

Thiel, J. (2005): Creativity and space: Labour and the restructuring of the German advertising industry, Aldershot.

Wissenschaftskommission Berlin (2007a): Berlins Orte des Wissens. Campus-Dokumentation der Berliner Wissenschaftskommission, Berlin.

Wissenschaftskommission Berlin (2007b): Der vernetzte Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsstandort. Potentiale und Empfehlungen zur Zukunftsfähigkeit, Berlin.

WISTA-Management (2005): Bericht über Berlin Adlershof 2004. URL: [http://www.adlershof.de/fileadmin/downloads/pub/Flyer/Jahresbericht_Wista_2004.pdf], Stand: 26. Mai 2009.

Wolf, K. (2002): Analyse regionaler Beschäftigungsentwicklung mit einem ökonometrischen Analogon zu Shift-Share-Techniken. In: Kleinhenz, G. (Hrsg.) (2002): IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, S. 325–333, Nürnberg.

Impressum

IAB-Regional. IAB Berlin-Brandenburg
Nr. 02/2009

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit
Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

http://doku.iab.de/regional/BB/2009/regional_bb_0209.pdf

Eine vollständige Liste aller erschienenen Berichte finden
Sie unter
[http://www.iab.de/de/publikationen/regional/berlin-
brandenburg.aspx](http://www.iab.de/de/publikationen/regional/berlin-brandenburg.aspx)

ISSN 1861-1567

Rückfragen zum Inhalt an:

Dieter Bogai
Telefon 030.555599 5190
E-Mail dieter.bogai@iab.de

Doris Wiethölter
Telefon 030.555599 5191
E-Mail doris.wiethoelter@iab.de